



Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wollt ihr den Staatsstreich

Wollt ihr Hitler?

Wollt ihr Raub der Volksrechte?

Nein!

Dann morgen in den Lustgarten

Massen heraus!

Dienstag Reichstag Heute Sturz Schleichers?

Der Reichstag tritt am Dienstag zusammen, um die seit langem fällige Regierungserklärung entgegenzunehmen. So hat der Kabinettsrat am Freitag beschlossen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte Präsident Göring dem Kabinettsrat ein Telegramm der mitteldeutschen Industrie zur Kenntnis, in dem die Mahnung ausgesprochen wurde, im Interesse der Wirtschaft alles zu tun, um weitere politische Unruhen zu verhindern. Dann richtete er die mit stiller Heiterkeit ausgenommene Frage an die Fraktionsvertreter, ob jemand eine nochmalige Veränderung des Termins vorschläge, und als keiner dieses Odium auf sich nehmen wollte, verkündete er, daß es bei dem 31. Januar bleibe. So weit wären wir also.

Es sollen am Dienstag zunächst ohne Debatte eine Anzahl von sozialpolitischen Abmachungen mit dem Ausland erledigt werden. Dann soll der Reichskanzler das Wort zu einer Erklärung nehmen. Der Beginn der Aussprache, für die jeder Fraktion drei Stunden zur Verfügung stehen sollen und in der für die Sozialdemokratie als erster Löbe spricht, ist auf Mittwoch, den 1. Februar, 2 Uhr, festgesetzt. Die Kommunisten bleiben mit ihrem Antrag, nur die Abstimmung über die Mißtrauensanträge vorzunehmen, allein. Selbstverständlich werden die von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Mißtrauensvoten ebenso wie eine Reihe von anderen Anträgen mit der Aussprache verbunden.

Voraussetzung dafür ist, daß eine Regierung vorhanden ist, die eine Erklärung abgeben kann! Man rechnet damit, daß Herr von Schleicher heute zurücktreten werde, man rechnet auch damit, daß am Dienstag auf dem Stuhl des Reichskanzlers nicht Schleicher, sondern Herr von Papen sitzen werde!

Der Kabinettsrat ist für diesen Fall übereingekommen, in einer neuen Sitzung eine andere

Tagesordnung für die Dienstag-Sitzung des Reichstags festzusetzen. Eine Mehrheit der Fraktionen sprach sich jedoch unbedingt dafür aus, daß der Reichstag am Dienstag auf jeden Fall, wenn auch mit anderer Tagesordnung, zusammen-trete.

Der gegenwärtige Reichskanzler von Schleicher wird den Reichspräsidenten am Sonntagabendmittag ersuchen, ihm für den so gut wie feststehenden Fall, daß die Regierung keine Mehrheit findet, die Auflösungsorder zur Verfügung zu stellen. Wird Herr von Hindenburg diesem Ersuchen entsprechen? Personen und Stellen, die gut unterrichtet sein könnten, sagen nein. Dann würde der Reichskanzler seinen Rücktritt erklären und an seiner Stelle würde berufen werden — ja wer? Hitler, Papen, Schoch oder wer sonst?

Gestern wurde mit aller Bestimmtheit versucht, daß der Reichspräsident Herrn von Papen abermals als Chef eines Minderheitskabinetts be-rufen werde. Dabei ist noch unklar, ob ein solches

Kabinetts die Tolerierung der Nationalsozialisten erhalten würde, oder ob es sofort zur Erklärung des „Staatsnotstands“ greifen würde.

So stehen wir vor einer ganzen Reihe von Möglichkeiten, zu denen auch noch die einer Auflösung des Reichstags vor seinem Zusammentritt kommt. Sie alle sind im Grunde genommen in gleicher Weise alarmierend. Sie alle erfordern insbesondere von der Arbeiterschaft angespannteste Aufmerksamkeit und eine kampfbereite Vorbereitung für kommende Dinge.

*

Die Garzburger verhandeln eifrig untereinander. Gestern hat abermals eine Besprechung zwischen Hitler und Eugen-berg stattgefunden.

Wie verlautet, werden heute Eugen-berg und Papen gemeinsam dem Reichspräsidenten Hitler als Reichskanzler vorschlagen!

Warnung vor dem Staatsstreich!

Volk schütze dein Recht!

Um den greisen Reichspräsidenten wird ein nichts würdiges Spiel gespielt. Unredliche Menschen wollen diesen redlichen Mann zu Handlungen verleiten, die nicht nur gegen Verfassung und Strafgesetz verstoßen, sondern auch, politisch betrachtet, ein Frevel am deutschen Volke sind. Der Reichspräsident soll einem politischen Abenteuerer das Reichskanzleramt übertragen und diesem Vollmachten verleihen, die mit der Verfassung unvereinbar sind. Man fordert damit vom Reichspräsidenten etwas, was er nicht geben kann. Denn rechtlich sind solche Vollmachten null und nichtig.

Ein vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ernannter Abenteuerer kann z. B. ein Verbot einer bestimmten Partei

ausprechen und es durchsetzen, soweit er die Macht dazu hat. Die verbotene Partei wird weiterbestehen und zwar legaler, nicht illegaler Weise, denn illegal wird nicht sie, sondern das gegen sie ausgesprochene Verbot sein.

Ein Abenteuerer an der Spitze der Reichsregierung könnte den Reichstag auflösen, ohne eine Neuwahl auszusprechen und fortan die Gesetzgebung unter Berufung auf den Art. 48 erledigen. Aber die Berufung auf den Art. 48 wäre von diesem Augenblick an rechtlich unzulässig. Man kann nicht einen Artikel der Verfassung gleichzeitig anwenden und brechen. Nach dem Art. 48 untersteht das Verordnungsrecht des Reichspräsidenten der Kon-

trolle durch den Reichstag: jede Verordnung ist aufzuheben, wenn der Reichstag es verlangt. In dem Augenblick, in dem man den Reichstag ausschaltet, ist nicht nur die Verfassung im ganzen gebrochen, sondern im besonderen auch der Art. 48. Der Erlass von Verordnungen auf Grund dieses Artikels wird rechtlich unmöglich; was fortan verordnet wird, ist nicht mehr Recht, sondern nackte Gewalt.

Wer vom Reichspräsidenten verlangt, daß er einer Politik gewaltsamer Abenteuer die Bahn freimacht, der verlangt von ihm, daß er seinen Eid bricht. Und wer dem greisen Reichspräsidenten einzureden versucht, er könne solche Handlungen begehen, ohne damit seinen Eid zu brechen, der belligert und betrügt ihn.

Lüge und Betrug ist auch das ganze Geschwätz um den „Staatsnotstand“, mit dem man den Eid- und Verfassungsbruch bemänteln möchte. Dieser sogenannte „Staatsnotstand“ ist, soweit er existiert, doch von denen geschaffen, die ihn jetzt politisch ausnützen wollen: sie legen das verfassungsmäßige parlamentarische System lahm, indem sie sich weigern, in seinem Sinne zu handeln. Die sogenannte „nationale Rechte“ ist es, die unter struppelhafter Inanspruchnahme kommunistischer Hilfe die Verfassung sabotiert!

Wer sagt dem Reichspräsidenten, daß er die Pflicht hat, Front gegen alle Feinde der Verfassung zu nehmen, ob sie links oder rechts stehen? Der wirkliche Staatsnotstand besteht darin, daß an der Spitze des Reiches der Wille fehlt, gegen die Verfassungsfeinde Stellung zu nehmen. Er kann nur beseitigt werden durch eine Führung, die das Volk nicht die schiefe Bahn des politischen Abenteuerers hinabstößt, sondern es zu einer vernünftigen Wahrnehmung seiner Freiheitsrechte zurückführt.

Der „Staatsnotstand“ ist geschaffen worden durch drei kopflos herbeigeführte Reichstagswahlen ohne politische Zielsetzung. Jetzt aber

Englischer Abrüstungsplan

In Genf plötzlich unterbreitet

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Genf, 27. Januar.

Die britische Regierung hat heute abend plötzlich einen weitgehenden neuen Vorschlag für ein praktisches Arbeitsprogramm der Abrüstungskonferenz veröffentlicht, das sofort nach Beratung des französischen Planes die bisher gemachten Abrüstungsvorschläge in einer Konvention vereinigen soll.

Dafür soll das Büro der Abrüstungskonferenz der Generalkommission eine Resolution unterbreiten, in der Richtlinien für die Durchführung der Arbeit enthalten sein sollen und als solche Regeln schlägt die englische Regierung selber die folgenden Dinge vor: Die Vertung der Arbeit soll in die Hände des Büros gelegt werden. Dortselbst soll eine Aussprache über die nächst folgende Grundsätze stattfinden mit dem Ziel, sie in der Konvention festzulegen:

1. Eine feierliche Versicherung aller europäischen Staaten, daß sie unter keinen Umständen irgendeinen gegenwärtigen oder künftigen Streitfall durch Gewalt entscheiden wollen.

2. Die sofortige Prüfung durch die europäischen Kontinentalstaaten, eine Möglichkeit positiver Vereinbarungen zum Zwecke der gegenseitigen Sicherung zu schaffen, in denen die Bedingungen festgelegt werden sollen, unter denen jede der europäischen Mächte ermächtigt werden kann, mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten.

3. Die Anwendung des Grundsatzes, daß die Begrenzung der Rüstungen für Deutschland und die anderen abgerüsteten Staaten in der gleichen Abrüstungskonvention für alle anderen Staaten enthalten sein solle, so daß die Artikel in Teil 5 des Versailler Vertrages durch die Abrüstungskonvention ersetzt werden sollen.

4. Die Anwendung des Prinzips, daß die neuerlich ausgesprochenen Begrenzungen im Falle Deutschlands und der anderen abgerüsteten Staaten für die gleiche Zeitdauer und für die gleichen Methoden der Revision gelten sollen wie für alle anderen Staaten. Dazu sollen alle Staaten, die den neuen Vertrag unterzeichnen, vor Ablauf der Konvention in neue Verhandlungen eintreten über den Abschluß einer weiteren Konvention zur weiteren Herabsetzung der Rüstungen.

5. Die Aufnahme des Prinzips der qualitativen Gleichheit in die Konvention und für die Verwirklichung dieser Gleichheit die Aufstellung von bestimmten Abrüstungsklassen. Die Durchführung der Armeen der kontinental europäischen Staaten zu einem allgemeinen und gleichen Typus müßte in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

Zur Sicherheitsfrage wird vorgeschlagen, daß die politische Kommission der Abrüstungskonferenz die Methoden für die Durchführung des in Punkt 1 genannten Abkommens beraten soll. Ein Komitee der europäischen Kontinentalstaaten soll gleichzeitig die Beratung der in Punkt 2 genannten Sicherheitsfragen beginnen.

Zur Abrüstung selbst wird für die Truppenstärke in Uebereinstimmung mit dem Hoover-Vorschlag angeregt, daß die sogenannte Polizeimacht für jeden Staat in ein vergleichbares Verhältnis mit anderen Staaten gebracht werden soll. Die Verteidigungsmacht soll ebenfalls herabgesetzt werden und die Daten und Abschnitte für diese Herabsetzung genau festgelegt werden.

Endlich sollen die Etappen und Methoden festgesetzt werden, durch welche die europäischen Kontinentalarmeen mit den allgemeinen und gleichen Organisationsstufen in Uebereinstimmung gebracht werden sollen. Für das Kriegs-

material zu Lande soll das Büro der Abrüstungskonferenz feststellen: 1. die Höchsttonnage für Tanks, 2. das Höchstkaliber für bewegliche Geschütze, 3. soll entschieden werden, ob eine Begrenzung der Anzahl von Tanks erlaubter Landtruppen und erlaubter beweglicher Landgeschütze festgestellt werden soll, 4. wenn diese Begrenzung der Zahl der Tanks angenommen werde, so soll entschieden werden über die Verfügung über diejenigen Tanks, welche die festgesetzte Zahl überschreiten.

Für die Luftrüstungen soll ein Komitee eingesetzt werden mit der Aufgabe, die

vollkommene Abschaffung der militärischen und See-Luftfahrt sowie des Luftbombardements

durchzuführen, in Verbindung mit einer wirksamen internationalen Kontrolle der Zivil-Luftfahrt. Als ein Vorläufer für die Entscheidung, die von diesem Komitee der hauptsächlichsten Luftmächte aufgestellt werden soll, könnte das Büro sofort

1. das Höchstergewicht militärischer und Seeflugzeuge feststellen,

2. entscheiden über die Verfügung von Flugzeugen, die über die festgesetzte Anzahl hinausgehen, d. h., ob sie vernichtet und wenn, in welchen Zeitabschnitten die Vernichtung erfolgt sein soll,

3. die Zahl der Flugzeuge festsetzen, die nicht das angegebene Leergewicht überschreiten, die jedem Staat erlaubt sein soll.

Endlich zu den Seeestreitkräften soll das Büro die Höchsttonnage und das Höchstkaliber der Geschütze feststellen, welche für Linienfahrzeuge, Flugzeugmutterschiffe (wenn sie überhaupt erlaubt bleiben sollen), für Kreuzer, Zerstörer, U-Boote (wenn sie erlaubt oder erlegt werden sollen).

Ford legt seine Werke still

Machenschaften oder Konkurrenz?

New York, 27. Januar.

Aus Detroit wird gemeldet, daß die Ford-Motowerke ihre gesamten Fabriken in den Vereinigten Staaten mit rund 150 000 Beschäftigten für unbestimmte Zeit geschlossen haben. Es fehlt ihnen an Werkmaterial, das von der Briggs-Manufacturing-Comp. zu liefern ist, bei der aber 6000 Mann wegen Lohnfragen in den Ausstand getreten sind.

Ford über die Stilllegung

London, 27. Januar.

In einer telephonischen Unterredung mit dem „Evening Standard“ erklärte Henry Ford, daß die Schließung seiner Werke in Detroit auf die Machenschaften gewisser Bankiers zurückzuführen sei, die die Kontrolle über den Ford-Konzern zu erhalten suchten. Gewisse Konkurrenten würden, unterstützt von diesen Bankiers, gegen ihn manövrieren, um zu verhindern, daß auch nur noch ein einziger Wagen seine Fabrik verlässe. Er wisse das, und er wisse auch, was er zu tun habe. Ihr Erfolg würde nur

einige Stunden dauern. Er werde seine Feinde bekämpfen und beweisen, daß die Herstellung von Ford-Wagen nicht abgestellt werden könnte. Es werde viel Geld kosten, aber daran könne er nichts ändern. Weiterhin erklärte er, es sei die größte Ueberraschung seines Lebens gewesen, als er am Donnerstagabend gehört habe, daß 6000 Angestellte der Briggs-Gesellschaft, die die Karosserien für die Ford-Werke herstellten, die Arbeitsstätte verlassen hätten, ohne irgendeinen besonderen Grund anzugeben. Er tadelt diese Angestellten nicht, denn sie wollten arbeiten; er glaube auch nicht, daß ein Versuch gemacht werde, ihn zu zwingen, seine Karosserien bei anderen Firmen in Auftrag zu geben. Was seinen eigenen Angestellten betreffe, so sei unter ihnen nicht ein einziger Mann, der streiken wolle. Die Tatsache, daß sie zur Zeit nicht arbeiten könnten, bedeute nicht, daß sie streikten. Die Zustände in den Ford-Werken seien zur Zeit vollkommen friedlich. Meldungen, daß die Werke von der Polizei bewacht würden, seien vollkommen falsch.

vermeiden, bereit erklärt haben, die Haftung für neue Beträge zu befürworten, die der Creditanstalt zur Verfügung gestellt werden. Unter Bruch dieser Vereinbarung habe der Finanzminister auch die Haftung für alle alten Schulden übernommen. Otto Bauer schloß mit den Worten, es habe sich gezeigt, daß es unmöglich sei, mit einer Partei wie den Christlichsozialen, für irgendetwas eine Verantwortung zu übernehmen, besonders solange Charaktere von der Art des Rintelen darin seien.

Proteststreik Wiener Chauffeure

Auf dem Stephansplatz im Innern der Stadt und den anliegenden Zufahrtsstraßen veranstalteten gestern förmliche Taxichauffeure mit ihren Wagen eine Demonstration. Dadurch wurde das ganze Viertel blockiert. Es handelt sich um eine Protestaktion gegen die Benzinsteuern, die durch einen gleichzeitigen Verkehrsstreik unterstützt werden soll.

Guilbeaux freigesprochen!

Helferdienste für Deutschland verneint

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 27. Januar.

Das Pariser Militärgericht hat heute nachmittag den vor 12 Jahren in Abwesenheit zum Tode verurteilten Schriftsteller Guilbeaux freigesprochen, nachdem der als Regierungskommissar fungierende Oberstaatsanwalt Doujou die gegen Guilbeaux erhobene Anklage der Begünstigung Deutschlands während des Krieges fallen gelassen hatte.

Anlaß dazu gab eine unter Ausschluß der Öffentlichkeit gemachte Aussage des Entlastungszeugen Jacques Reboul, der im Kriegsmit verschiedenen Missionen in der Schweiz beauftragt war. Reboul hatte bereits in der Donnerstagsverhandlung erklärt, daß der frühere Korrespondent der „Börsen Zeitung“ in Bern, Schlesinger, durch dessen Vermittlung Guilbeaux Geld für seine Genfer Zeitschrift „Demain“ erhalten hat, kein Agent des deutschen Spionagedienstes gemeldet sei. Er hatte aber hinzugefügt, daß er nähere Angaben nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit machen könne. Infolgedessen beschloß das Gericht heute, den Zeugen noch einmal zu vernehmen. Der Freispruch wurde vom Gericht in kurzer Beratung einstimmig gefällt.

Gerüchte über Otto Wels

Die Meldungen bürgerlicher und kommunistischer Blätter, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, schwer erkrankt sei und deshalb sein Rücktritt von der Parteileitung erwogen werde, sind falsch. Otto Wels hat dieser Tage auf ärztliche Anordnung einen Erholungsurlaub angetreten, von dem er bald wieder an die Spitze der Partei zurückkehren wird.

folken Neuwahlen vermieden werden, weil die „nationale Rechte“ fürchtet, vom Volk für ihre Schandwirtschaft zur Verantwortung gezogen zu werden. Der alte Reichstag soll davon gejagt werden, weil die Stimme der Opposition ersticht, weil der Sumpf der Dsthilfe zugedeckt werden soll. Die Wahl eines neuen Reichstags soll gegen die Verfassung gewaltsam verhindert werden, weil man den „aufbauwilligen Elementen“ Adolf Hitlers eine Wahl Niederlage ersparen will. Schmutzige Interessentklingel wollen an der Futterkrippe bleiben — darum soll dem Volk sein Recht genommen werden.

Ein politisch unterrichteter und von redlichen Männern beratener Reichspräsident hat ein Duzend Wege, um ohne Verfassungsbruch über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Er kann den Versuch machen, eine parlamentarische Regierung zustande zu bringen, die dann natürlich nur solange ein Existenzrecht hat, als sie sich auf eine Mehrheit stützt. Er kann Beamtenregierungen ernennen, die sich der strengsten Unparteilichkeit befleißigen und die sich durch ihre sachliche Arbeit Vertrauen im Volke erwerben. Er kann von seiner überlegenen Machtposition aus das Spiel der Kanzlerkandidaturen und -ernennungen mit oder ohne Auflösung und Wahlen solange fortsetzen, bis sich auch die Volksvertretung zu positiver Mitarbeit im Sinne der Verfassung bereit zeigt. Aber seine Kanzler müssen Männer sein, die auch bei ihren politischen Gegnern Achtung genießen, es dürfen nicht Abenteuerer sein, denen die Mehrheit des Volkes mit Mißtrauen, Mißachtung und unverföhnlicher Feindschaft gegenübersteht.

Ueber den drohenden Ernst der bevorstehenden Entscheidungen gibt es keinen Zweifel. Wenn sie gegen uns ausfallen, was können wir tun? Immer noch vieles, doch jetzt sei nur das nächste gesagt:

Durch unseren Aufmarsch morgen im Lustgarten können wir gegen alle Versuche, dem Volk seine Rechte zu rauben, ein Warnungszeichen aufrichten.

Bis über den Buben hinter dem Dien!
Massen heraus!

„Reichskanzler Hindenburg“ Christliche Gewerkschaften warnen

Im „Deutschen“, dem Blatt der christlich-nationalen Gewerkschaften, wird die augenblickliche politische Hintergrundsituation als besonders ernst angesehen. Das christlich-nationale Blatt zitiert das Wort von dem „Reichskanzler Hindenburg“, bei dem heute das Schwergewicht der politischen Entscheidung liege, und fügt hinzu:

„Nach den uns zuteil gewordenen Informationen soll es sehr so weit sein, daß Hindenburg ernstlich daran denkt, Schleicher lassen zu lassen und dafür Leute wie von Papen, Schoch und ähnlich eingestellte Herren mit der Führung der Reichsregierung zu betrauen.“

Nichts wäre unheilvoller als eine Rückkehr zum Papen-Kurs.

Was hat den Kreisen, die seit langem gegen Schleicher arbeiten, plötzlich Oberwasser gegeben? Der Dsthilfeplan da! Soll hier ausschlaggebend mitwirken. Wir haben das größte Verständnis dafür, daß der

Ostbiffskandal den notorischen Gegnern jeder volksfreundlichen Regierung sehr, sehr unangenehm ist; wir können uns auch vorstellen, daß die parlamentarische Behandlung dieses Skandals und die noch drohenden Veröffentlichungen alle Gegenkräfte um Papen-Hugenberg und Oldenburg-Januschau mobilisieren:

wir können uns auch schließlich noch denken, daß durch Skrupellosigkeit gewisse Politiker dem Reichspräsidenten beizubringen versuchen, daß die Regierung Schleicher schuld an der Aufhebung der schandbaren Zustände bei der Ostbifflegewährung habe; aber es ist kaum sagbar, daß der Herr Reichspräsident, wie behauptet wird, sich jetzt durch die aufgedrehten Herren derart beeinflussen läßt, daß er die Regierung Schleicher fallen läßt, um den Herren den Weg zu ebnen, von denen befürchtet werden muß, daß sie den Ostbiffskandal lang- und klinglos aus der Welt schaffen, und daß sie auch in Zukunft den Großgrundbesitz in unerhörter Weise bevorzugen.

Wenn dem Herrn Reichspräsidenten an seinem Prestige gelegen ist, dann muß er den diesbezüglichen gegenwärtig kursierenden Behauptungen dadurch die Spitze abbrechen, daß er an der Regierung Schleicher festhält.

„Der Deutsche“ erinnert daran, daß Hindenburg sein Amt den Volkstreuen verdankt, die sich gegen den Papen-Kurs ausgesprochen haben. Eine Regierung Papen dürfte nicht wiederkommen, denn es habe bisher in der deutschen Geschichte noch keine Regierung eine so tiefergehende Abneigung gefunden wie die Papens.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerks-

schaften habe sich deshalb neuerdings an Hindenburg gewandt, um ihn vor einer Wiederholung des Papen-Kurses zu warnen.

In anderem Zusammenhang weist „Der Deutsche“ auf die verschiedenen Pläne hin, die in den Hugenberg-Kreisen erörtert werden, um den Reichspräsidenten für einen Staatsstreik zu gewinnen. Der Staatsanwalt müsse sich bedeutenst mit diesen Plänen befassen, denn sie bedeuteten nichts geringeres als den Versuch, Hochverrat anzuküßeln! Hindenburg könne die „Vollmachten“, die von ihm verlangt würden, gar nicht erteilen, weil die von ihm beschworene Verfassung ihn dazu nicht ermächtigt. Würde er sie trotzdem geben, so wäre das Verfassungsbruch und strafbar.

Nationales Franzosenöl

Neuer Nazikrawall in Breslau

Breslau, 27. Januar.

Die Pressestelle der Universität teilt mit: „Am Freitag, dem 27. Januar, kam es in der Universität zwar nicht zu Ruhestörungen, jedoch versuchte man, den Unterricht dadurch zu stören, daß in vier Hörsälen Reagenzgläsern mit einer abstrichenden Flüssigkeit (Franzosenöl) niedergelegt und zertreten wurden. Um 11.45 Uhr wurde im Durchgang zur Universitätskassette ein Kanonenschlag zur Entladung gebracht. Die Vorlesungen des Professors Cohn wurden hieron nicht betroffen.“

Tereffschenko

Ein Konflikt in Oesterreich

Wien, 27. Januar.

Im Vollzugsausschuß der Kreditanstalt hatte der holländische Generaldirektor van Hengel den früheren Finanzminister der Karentski-Regierung, Tereffschenko, als Vorsitzenden der noch zu gründenden ausländischen Dachgesellschaft vorgeschlagen, die alle ausländischen Aktiven der Kreditanstalt aufnehmen soll. Für diesen Vorschlag stimmten bei einer Enthaltung neben dem französischen und dem englischen Vertreter auch der Vertreter der österreichischen Nationalbank und der Vertreter der Girozentrale der österreichischen Genossenschaften. Dagegen stimmte nur der Vertreter der österreichischen Regierung. Das offene Gegenüber einander von Regierung und Nationalbank in dieser für Oesterreich wichtigen Sache ist ein Konflikt.

Sturm im Nationalrat

Im Nationalrat behauptete auf eine dringliche Anfrage der Sozialisten Unterrichtsminister Rintelen, der die Verhandlungen in London geführt hatte, die Sozialdemokratie hätte seinerzeit selbst die Uebnahme der Haftung des Staates für die Kreditanstalt verlangt, weil sie dort angeblich Gelder der Partei angelegt hatte. Gegen diese unwahre Behauptung erhob sich ein Proteststurm.

Otto Bauer wies sofort nach, daß an der Behauptung nicht ein Wort wahr ist, daß die Sozialdemokraten vielmehr vor der Uebnahme der Haftung ausdrücklich gewarnt und sich schließlich, nur um eine Wirtschaftskatastrophe zu

Tierzucht in den Messehallen

Heute Eröffnung der großen Winterausstellung

Die Grüne Sport- und Tierzuchtwoche 1933 in den sechs großen Ausstellungshallen rund um den Funkturm, die als erste große Ausstellung dieses Jahres in Berlin am heutigen Sonnabendvormittag eröffnet wird, wurde gestern in einer Vorbefichtigung gezeigt.

In seiner Begrüßungsansprache gab Messeausdirektor Wischert einen Rückblick auf die Arbeit des Berliner Messeamtes im Jahre 1932 und einen Ueberblick über die für dieses Jahr geplanten großen Veranstaltungen, um dann den Inhalt und Aufbau der jetzigen Ausstellung kurz zu skizzieren. Dann ergriff der Vertreter der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und Berlin, Oberlandwirtschaftsrat Schmidt, das Wort. Er wies auf den hohen volkswirtschaftlichen Wert hin, den die Geflügel- und Kaninchenzucht innerhalb der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte gerade in der heutigen Notzeit habe. Insbesondere machte der Redner auf den Wert der in Deutschland noch immer nicht genug geschätzten Kaninchenzucht aufmerksam, die dazu dienen können, vielen Erwerbslosen einen kleinen Nebenerwerb zu verschaffen. Er vermied weiter auf die Rassehund-Ausstellung, wobei er die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Hundezucht hervorhob.

Der Vertreter des preußischen Landwirtschafts-

ministeriums, Oberlandwirtschaftsrat Dr. Kulte, sprach über die deutsche Pferdezucht, wobei er besonders auf das Kern- und Hauptstück der Grünen Woche, das Internationale Reit- und Fahrturnier, hinwies.

Dieses große Berliner Turnier sei richtunggebend für die Jahresarbeit und den Höhepunkt im deutschen Reitsport. Es habe so viel Anklang in aller Welt gefunden, daß man in jedem Jahre stärkeren Besuch zu verzeichnen habe. Das Ausland habe diese Form so gut gefunden, daß Paris und London sich neuerdings bemühten, ihre großen Reitturniere jetzt gleichfalls in diesem Stile abzuwickeln zu lassen. Angesichts der gezeigten Leistungen sei es bedauerlich, daß trotzdem immer wieder abfällige Urteile über das Pferd als ein überlebensfähiges Wirtschaftsmittel und unzweckmäßiges Verkehrsmittel gesprochen werde. Und doch sei dem Pferd durch die Maschine so gut wie gar kein Abbruch getan worden, denn es sei auch heute noch der wichtigste und größte Beförderungsfaktor in der Landwirtschaft und im Wirtschaftsleben. Die deutsche Pferdezucht, die eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen habe, sei qualitativ so auf der Höhe, daß sie jede Konkurrenz mit dem Auslande erfolgreich aufnehmen könne.

Im Anschluß daran fand ein Rundgang durch die im letzten Aufbaustadium befindliche Ausstellung statt. Am Eingang der Halle III nimmt

den Besucher den Ehrensaal der Schützen gilden auf, der mit seiner historischen Schau einen Ueberblick über die Entstehung und Geschichte des deutschen Schützenwesens gibt. In der gleichen Halle befindet sich die Angelfisch-Ausstellung mit überaus anschaulichem Material. Palmen grüßen beim Betreten der Halle IV, wo der Berliner Zoo Reptilien und tropische Stelzvögel zeigt, die den Kern der Aquarien- und Terrarien-Ausstellung bilden.

Am Obergeschoß dieser Halle befindet sich die Kaninchenausstellung, ferner eine Sonderchau des Deutschen Tierärztvereins, die für die bedrängten Tiere der Großstadt wirkt, ferner die Rassenausstellung, in der u. a. auch sogenannte „Tier-Freundschaftsinseln“, nämlich das Zusammenleben der Katzen mit anderen Haustieren gezeigt werden. Die Industrieausstellung ist in Halle V untergebracht, während Halle VI die mit etwa 5000 Tieren besetzte Geflügel-Ausstellung beherbergt.

Halle VIII ist in einen riesigen Stall verwandelt worden. Hier können die edelsten Pferde der deutschen und ausländischen Warmblutzucht, die sich zum Internationalen Reit- und Fahrturnier eingefunden haben, besichtigt werden. Es ist dies die größte Pferdeausstellung, die jemals in Deutschland geschlossen in einer Halle gezeigt worden ist.

gesteckten Strecke lebhaft eingelegt hat. Am Freitagabend fuhr ein von Ramin auf Rügen kommendes Auto außerhalb dieser abgesteckten Strecke über das Eis. Mitten über dem Strom brach der Wagen ein und ging sofort unter. Von den drei Insassen, dem Auto-Geschäftsführer Krüger aus Straßund, dem Ueberbürter Lück aus Triebfess und dem Pferdehändler Beller aus Straßund, konnte sich nur der letztere retten. Er lag im hinteren Teil des Wagens. Es gelang ihm, unter Wasser die Tür zu öffnen und nach oben zu gelangen. Er wurde durch Fußpöcker mit einem Mantel auf Eis gezogen. Die beiden anderen Insassen sind ertrunken.

Auch noch die Grippe!

Alle Gegenmaßnahmen getroffen

Die Grippe scheint in den letzten Tagen erheblich um sich gegriffen zu haben. Wie von den zuständigen Behörden jedoch betont wird, liegt nach dem augenblicklichen Stand der Erkrankungen ein Grund zur Beunruhigung nicht vor. Die Kurve der tatsächlichen Grippe-

Das Recht als politische Waffe!

Öffentliche Kundgebung der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen, Sonnabend, den 28. Januar 1933, um 20 Uhr, im großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 5. Es sprechen: Friedrich Stampfer, M. d. R., Berlin; Dr. Philipp Loewenfeld, Rechtsanwalt in München; Dr. Hans Mönzel, Ministerialdirektor a. D.

Eintrittskarten zum Unkostenbeitrag von 50 Pf. (für Studenten 20 Pf., für Erwerbslose frei) sind erhältlich bei dem Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Lindenstraße 3, bei der Sozialistischen Studentenschaft, NW 6, Albrechtstraße 11, bei der Arbeiterbank, Abteilung Sparkasse, Wallstr. 65, und Depositenkasse, Lindenstr. 3, und bei den Parteikassierern.

Gefährliche Brände

Kartonfabrik in Flammen

In den gestrigen Nachmittagsstunden war die Feuerwehr mit der Bekämpfung mehrerer gefährlicher Brände stundenlang beschäftigt.

Besonders großen Umfang nahm ein Brand an, der kurz nach 18 Uhr in der Kartonfabrik der Firma Sieg und Kempers in der Glitschiner Straße 44/48 ausgebrochen war. Die Fabrik hat ihre umfangreichen Herstellungs- und Lagerräume im ersten Quergebäude. Lange nach Arbeitschluss luderten in einem Raum, in dem große Mengen gebündelte Holzplatten lagen, plötzlich die hellen Flammen empor. Die Gefahr war erst bemerkt worden, als bereits ein großer Teil des Lagers lichterloh brannte. Die Flammen hatten beim Eintreffen der Feuerwehr weit um sich gegriffen und es mußten sofort sechs Schlauchleitungen stärksten Kalibers in Tätigkeit gesetzt werden. Starke Hitze, die dem Flammenmeer entströmte, erschwerte die Löscharbeiten. Die Löscharmaturen hatten große Mühe, die anderen Stockwerke zu schützen. Die Abkühlungs- und Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen Mitternacht. Als Entstehungsursache wird Ueberhizen eines Ofens angenommen.

Durch ein weiteres gefährliches Feuer wurde das Tapeten- und Linoleumgeschäft der Firma Gebrüder Mansti in der Weserstraße in Neukölln in Mitleidenschaft gezogen. Große Tapeten- und Linoleumrollen zierten den Flammen zum Opfer. Mit zwei Schlauchleitungen wurde das Feuer, das starken Qualm entwickelte, niedergelämpft. Schließlich rief noch ein größerer Wohnungsbrand die Feuerwehr nach der Greifswalder Str. 193. Mehrere Zimmer brannten aus. Glücklicherweise konnte der Brand durch einen umfassenden Löschangriff auf seinen Herd beschränkt werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Blünderungsrekord

Zehnmal derselbe Laden

Zehn Blünderungen ein und desselben Butterladens in 13 Monaten! — Straße und Firma sollen besser ungenannt bleiben. Die „Blünderung“ ist hier fast zum Gewohnheitsrecht geworden, die Verkäuferinnen haben sich an sie bereits gewöhnt. Als deshalb am 12. Januar vier Burschen in den Laden stürmten und unter Vorhalt einer Pistole, die zwar wie ein Browning aussah, jedoch nur eine Attrappe war, Hände hoch riefen, dachten sie gar nicht daran, dieser Aufforderung Folge zu leisten, sondern eine von ihnen näherte sich lächelnd dem Blünderer und sagte bezaubernd lächelnd: Alter Freund, du bist ja schon das

viertelmal hier. Das hinderte den alten Freund und dessen Komplizen natürlich nicht, so viel Wurst, als sie fassen konnten, in ihre Rucksäcke zu verstauen, um im nächsten Augenblick auf ihren Rädern davonzulassen. Nur einer von den dreien hatte keine. Die Verkäuferin die den „alten Freund“ erkannt hatte, ein beherztes Mädel, bestieg sofort den Lieferwagen der Firma und befahl dem Chauffeur, dem Ueberläufer ohne Rad nachzufahren. Der schleuderte seinen Rucksack mit den vier Leberwürsten in das Glas des Lieferwagens, um ihn so von der Verfolgung abzuhalten und versteckte sich in einem Hausflur. Er wurde hervorgeholt und stand also gestern vor dem Schnellstrafengericht. Es war ein 22jähriger Bursche, kräftig und gesund aussehend, erst vor 3 Monaten zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Für einen Teil der Strafe hatte er Bewährungsfrist erhalten. Er wollte mit den anderen dreien nichts zu tun haben, er sei zufällig vorüber-

gekommen und eben mit hineingegangen. Das Gericht verurteilte den Burschen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Als der Staatsanwalt seinen Strafantrag stellte — 2 Jahre Zuchthaus —, da weinte nicht nur der Angeklagte, sondern mit ihm vergossen Tränen auch die beiden Verkäuferinnen.

Eistod im Auto

Auf dem Strelasund eingebrochen

Straßund, 27. Januar.

Der Strelasund, der etwa 3 Kilometer breite Düsteearm zwischen Rügen und dem Festland, ist so fest zugefroren, daß der Verkehr über das Eis auf einer mit Buschwerk ab-

Der Skandal um Dr. Meyer

Die Klienten verschwinden heimlich

Rechtsanwalt Dr. Georg Meyer, der, wie berichtet, in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz eingeliefert worden ist, verlangte, daß ihm der Haftbefehl vorgelegt werde. Bei der Kürze der Zeit ließ sich das nicht so schnell durchführen, und so ging Dr. Meyer statt ins Untersuchungsgefängnis ins Polizeigewahrsam. Eine Vernehmung lehnte er dort ab. Er erklärte, daß er im Laufe des Tages dem Richter vorgeführt werden wolle, um dort seinen Entlastungsbeweis anzuführen. Während nun Rechtsanwalt Meyer bereits in Untersuchungshaft saß, passierte mit seinem Mandanten Brenner und Bachholz ein wenn auch sonst in Moabit nicht allzu seltener, aber doch hier im Zusammenhange mit dem Schicksal ihres Anwalts recht eigenartiger Zwischenfall. Unmittelbar vor der Verkündung des Urteils entfernten sie sich aus dem Gerichtsgebäude, wohl in der berechtigten Befürchtung, sie könnten noch im Gerichtsaal verhaftet werden.

Der Staatsanwalt hatte wegen Hehlerei gegen den Händler Brenner 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus und gegen den Kaufmann Bachholz ein Jahr 6 Monate Gefängnis beantragt und gegen beide Haftbefehl. Während der Beratung, die sich längere Zeit hinzog, spazierten die beiden Angeklagten im Korridor hin und her. Als die Sache wieder aufgerufen wurde, waren sie verschwunden. Brenners Bruder erklärte vom Zuhörerraum aus, er habe seinen Bruder nach Hause geschickt, weil er sich nicht wohl fühlte. Die vom Gericht sofort angeordneten Nachforschungen ergaben, daß Brenner sich nicht zu Hause befindet. Der Vorsitzende verurteilte darauf in Abwesenheit der Angeklagten

das Urteil: 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus gegen Brenner und 1 Jahr 6 Monate Gefängnis gegen Bachholz. Entgegen der anderslautenden Mitteilung eines Morgenblattes trifft die Justizwachtmeister keinerlei Schuld an dem Verschwinden der Angeklagten; sie haben sich einfach eigenmächtig entern.

Meyer und seine Genossen

Der erste Verdacht gegen Meyer tauchte auf, als man feststellen konnte, daß die Besuche seiner Klienten im Büro und umgekehrt seine Besuche bei seinen Klienten im Untersuchungsgefängnis das übliche Maß weit überschritten. In Gannoverkreuzen wurde immer schon gemunkelt, daß Meyer Briefe und Kassiber von Inhaftierten nach außen besorgte. Ja, es ging sogar so weit, daß die Gannover untereinander erzählten, Meyer habe ihnen den Tip für die und die Sache gegeben. Als eines Tages Meyer in der Urban-Affäre genannt wurde, wurde man erneut auf ihn aufmerksam. Alle Dementis, die er aber zu seiner Verteidigung herausgab, konnten seinen schlechten Ruf nicht mehr retten. Die am gestrigen Donnerstag vorgenommene Aktion kam für die Beteiligten völlig überraschend. Ein ganzer Saal voll Akten, Briefe usw. wurde von den Beamten beschlagnahmt und aufs Präsidium gebracht. Hier hat man sofort mit der Durchsicht des umfangreichen Materials begonnen. Inzwischen werden die Vernehmungen früherer Klienten, die jetzt in verschiedenen Gefängnissen sitzen, fortgesetzt.

erkrankungen wird sehr genau überwacht und gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen ergriffen.

Wintern allerdings mußten zahlreiche Klassen verschiedener Berliner Volksschulen wegen Grippeerkrankungen geschlossen werden. Ein großer Teil der Schüler und Schülerinnen blieb wegen Grippe in den Wohnungen der Eltern und um eine weitere Ausdehnung der gefährlichen Erkrankung zu verhüten, wurden die betreffenden Klassen auf Anordnung der zuständigen Kreisärzte geschlossen. Von den Grippeerkrankungen wurden besonders betroffen sieben Klassen der 2A Schule in der Kuppiner Str. 25, zwei Klassen der 10. Schule in der Spahnhorststraße 12 und je zwei Klassen der 153. Schule in der Zehdenicker Straße sowie der 20. und 2. Mädchenschule in Charlottenburg. Die Schließung dieser Klassen ist zunächst auf acht bzw. zehn Tage angeordnet worden. Während dieser Zeit wird von den Behörden für eine gründliche Desinfektion der Klassenzimmer gesorgt werden.

Das Anschwellen der Grippeerkrankungen hat naturgemäß den Bettenbedarf in den Berliner Krankenhäusern sprunghaft gesteigert. Bisher war die Aufnahme der Kranken überall ohne Schwierigkeiten möglich. Sollten die Erkrankungen wider Erwarten weiter stark zunehmen, ist für die Krankenhausunterbringung der Patienten alle erdenkliche Vorkehrung getroffen worden.

Detmolder Hotelbrand

Drei Todesopfer

Detmold, 27. Januar.

Bei dem Brand im Hotel „Zur Traube“ sind nach den bisherigen Feststellungen drei Todesopfer zu beklagen. Neben der Frau des Artisten Kramer aus Berlin ist nunmehr auch die schwer verletzte Artistin Gertrud Sknaitz aus Essen im Krankenhaus gestorben. Die verunglückte Frau Detmer, die Schwiegertochter des Hotelbesizers, wurde gegen 2.30 Uhr verhaftet unter den Trümmern aufgefunden. Der Mann der Artistin Kramer schwelgt noch in Lebensgefahr. Die übrigen elf Schwerverletzten befinden sich außer Lebensgefahr.

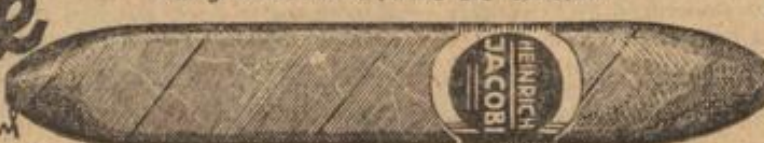
HEINRICH JACOBI

Hausmarke

N^o 20... 20x
N^o 15... 15x

N^o 10
10 M

ORIGINALGRÖSSE N^o 10... 104
Am grünen Band wird sie erkannt!



DAS HOCHWERTIGE ENDPRODUKT VON

100 Jahren Erfahrung

ORIGINAL HEINRICH JACOBI ZIGARREN FABRIKEN

FABRIKAT GEGR. 1842
Erhältl. in ca. 4000 Berl. Zig. Läden u. allen U. Bahnhöfen

Auch eine Frage der Gesundheit

In welche Front stellen sich die Apotheker?

Vor ungefähr 14 Tagen machte ein Apotheker in der Prenzlauer Allee seinen Laden zu. Das wird er weder aus Uebermut noch zu seinem Vergnügen gemacht haben, sondern weil er pleite war. Wenn man sich nun mit einem Apotheker darüber unterhält, wie so etwas passieren könnte, wird er folgendes sagen: „Ja, gerade wir Vorortapotheker, die wir nach der Inflation unsere Apotheken einrichteten, wir sind am schlechtesten dran. Wir bekamen damals in den Neubauvierteln die Konzession und nun gingen wir auf Badenraumsuche. Das ist nicht so einfach, denn uns ist genau vorgeschrieben, was wir alles haben müssen: Offizin, Arzneikeller, Laboratorium, Materialkammer, Nachraum, bis zum letzten Destillationsapparat und Standgefäß. Hat man den passenden Laden gefunden, dann gibt womöglich schon jemand drin, den man ausmieten muß. So mancher von uns hat damals 10 000 M. Abstand zahlen müssen, und als wir dann die Tür öffneten und auf den ersten Kunden warteten, da waren 40 000 M., bei einigen sogar 50 000 M. in die Apotheke investiert. In guten Zeiten ging so etwas an, heute können wir aber für eine derartige Schuldenlast nicht mehr den nötigen Zins herauswirtschaften. Wir haben rings um Berlin rund 150 Apotheken. Von diesen werden 16 Vorortapotheken von einem Gläubigeranspruch verwaltert.“

In der Zwangsjacke

Es ist nicht die Krise allein, die den Arzneimittelverbrauch ohnehin beschränkt. Die Rotverordnungspositt, jene 50 Pf., die erstmal für den Krankenschein und dann noch einmal für das Rezept gezahlt werden müssen, haben den Arzneimittelverbrauch noch künstlich eingeeignet. Es ist sehr ausschlufreich, was Apotheker über die Wirkungen dieser Rotverordnungspositt erzählen. Ein Mann kommt in die Apotheke und hat auf dem Rezept ein Mutterkornpräparat stehen. Aus der Stärke erkennt der Apotheker, daß es sich um einen schweren Fall

handeln muß; tatsächlich hat die Frau des Mannes schwere Blutungen. Der Apotheker sagt, das Rezept kostet 50 Pf. und der Mann antwortet, er komme wieder. Es vergeht eine halbe Stunde, es vergeht eine ganze Stunde, der Mann kommt nicht. Der Apotheker weiß: also wieder einmal dieser Fünzigiger, den der Mann nicht hat. Er ruft den Arzt an, erkundigt sich nach der Adresse der armen Frau und schickt erst mal seinen Praktikanten mit der Medizin hin.

Bei den 50 Pf. für Schein und Rezept blieb es nicht. Es bestehen besondere Vorschriften, nach denen Kassärzte nicht verordnen können, was sie wollen, sondern sie sind gebunden an die „Regelbeträge für die Arzneiverordnung“ und dazu noch an die „Richtlinien für wirtschaftliche Arzneiverordnung“. Diese Regelbeträge und Richtlinien müssen die Ärzte einhalten. „Schön — sagen dazu die Apotheker —, die Not ist groß und das Geld ist knapp. Früher machten wir die Medizin zurecht und klebten einen Zettel auf die Flasche, auf den wir schrieben: Für Frau Müller, dreimal täglich 5 Tropfen. Dann war der Aufzug so, daß Frau Müller nicht gleich starb, wenn sie sich verzählte und einmal sechs Tropfen nahm. Heute jedoch dürfen wir vielfach nur noch die Grundstoffe verabfolgen, die sich der Patient dann selber auflösen muß, damit die Arbeit des Apothekers gespart wird.“

In dieser Arbeitsbeschränkung des Apothekers, eines Mannes, der sieben Jahre Lehrzeit hinter sich hat, scheint überhaupt eine der wichtigsten Gründe für die vielfach schwierige Existenz von Apotheken zu liegen. Man muß dazu einen weiteren Zeitraum lassen. Vor zwanzig, dreißig Jahren und noch früher machte der Apotheker seine Mixturen und Pulverchen selber zurecht. Heute aber geht er in sein Lager und holt das fertige Präparat vom Regal. Man möchte beinahe sagen: je mehr die pharmazeutische Industrie sich ausbreitete, desto mehr mußte der Apotheker alten Schlags in den Hintergrund gedrängt werden. Es gibt heute in

Deutschland 16 000 Arzneispezialitäten, fast jede in verschiedener Packungsgröße. Es gibt ja allein schon rund 100 Grippemittel. Von diesen Mitteln muß sich eine mittlere Apotheke aber etwa 4000 halten können, möglichst in verschiedenen Packungen. Und diese Ueberflut an Arzneispezialitäten birgt wiederum eine ganze Reihe schwerer Krisenmomente für den Apotheker.

Kurpfuscher am Spieß

So kann man vom Hundersten ins Tausendste kommen. Es ist nicht zu verwundern, wenn die Apotheker über jede Schachtel Cured ärgerlich sind, die außerhalb der Apotheke in den Handel gebracht wird. Oder über die Arzneimuster, die die pharmazeutische Industrie an jeden verschickt, der vor seinem Namen ein Dr. stehen hat, gleich ob er Arzt oder Rechtsanwalt oder Studentrat ist. Dazu die Kurpfuscher. Hinter denen sind die Apotheker her wie der Teufel hinter der armen Seele. Neulich haben sie einen in der Provinz Brandenburg an den Kanthaken gekriegt. Der Mann zog herum und entnahm Blutproben. Dann kam er wieder und brachte Medikamente mit, für die er 22 M. liquidierte und für die Untersuchung wollte er außerdem noch 13 M. haben. Bei der Untersuchung seiner „Medikamente“ stellte sich schließlich heraus, daß es sich bei den Mitteln um 200 Gramm Erdnußöl und um 200 Gramm Eisentinktur handelte, die in der Apotheke 1,60 M. gelostet hätten.

So kämpfen die Apotheker, angefangen von den Gerichtshöfen provinzieller Amtsgerichte bis zu den verschwiegenen Zimmern des Reichsarbeitsministeriums um eine Besserung ihrer Lage. Hierbei taucht dann allerdings die große Frage auf: in welche Front wollen sich die Apotheker stellen? Wollen sie zusammen mit der Reaktion der Mehrzahl ihrer Kunden die Medizin verteuern oder wollen sie zusammen mit der Arbeiterschaft um den Wiederaufbau der Sozialversicherung kämpfen? Und an einer gesunden Sozialversicherung dürften doch wohl auch die Apotheken interessiert sein.

mit den Anforderungen auf neue Kurse Rechnung getragen werden kann, richtet die Rotgemeinschaft an alle Pädagogen, die geeignet sind, den Unterricht in oben angezogenen Fächern zu erteilen, die Bitte, sich ehrenamtlich dem Hilfswerk zur Verfügung zu stellen. Der Unterricht findet wöchentlich von morgens 8—10 Uhr statt. Willkommen sind auch Lehrkräfte, die wiederum ehrenamtlich die Körperliche Erleichterung durchzuführen. Meldungen sind zu richten an: Rotgemeinschaft Berlin, D. 34, Thaeerstr. 31, Alexander 1826.

In wenig Worten

Am Hause Landsberger Allee 28 wurde die 69 Jahre alte Hulda Stiller, eine Lumpenhändlerin, tot aufgefunden. Die Untersuchung ergab, daß kein Verbrechen vorliegt. Der Tod dürfte infolge Altersschwäche eingetreten sein, da die Frau sehr gebrechlich war.

Das Kleinluftschiff D. P. N. 30 „Dob“, das seit einiger Zeit über Berlin zu sehen war, hat gestern eine Rekordfahrt vollbracht. Es flog von Staaken nach Friedrichshagen ohne Zwischenlandung in einer Flugzeit von 10 Stunden 45 Minuten. Trotz teilweise ungünstiger Witterungsverhältnisse gingen Start und Landung glatt vonstatten.

Aus bisher ungeklärter Ursache explodierte ein zur Pulverfabrik von Wolff u. Co. gehöriges Stiebwerk in Bomslig (Hannover). Die in dem Betrieb beschäftigten Arbeiter Anton Grobe aus Baisrode und Wilhelm Bruns aus Benefeld wurden durch die gewaltige Stichflamme und den ungeheuren Luftdruck getötet.

Die Erkrankungen an Grippe in den Schulen der Stadt Köln haben derart zugenommen, daß die Luftschutzbehörde, besonders um weiteren Ausbreitungsmöglichkeiten vorzubeugen, vorsorglich sämtliche Schulen und Kindergärten vom 25. bis einschließlich 31. Januar geschlossen hat.

Auf der Staatsstraße 111—Ehingen ereignete sich ein schwerer Kraftwagenunfall. Der mit vier Personen besetzte Kraftwagen des Braumeisters Böy geriet verunfallt infolge Glätte der Straße ins Gleiten und stürzte die Böschung hinunter, wobei er sich anscheinend mehrmals überschlug. Eine mitfahrende Frau fand bei dem Unfall den Tod. Die übrigen drei Insassen wurden in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus gebracht.

Dieser Tage reiste die aus 14 Mitgliedern bestehende Mount-Everest-Expedition unter Führung des Alpinisten Rutledge nach Bengalen ab. Die Expedition beabsichtigt, Mitte März mit einem Troch von 80 Trägern, zahlreichen Lastochsen, Eseln und Maultieren den auf fünf Wochen berechneten, durch Tibet führenden Karavane nach dem unterhalb des Mount-Everest-Gipfels vorgesehenen Lagerplatz anzutreten. Der eigentliche Aufstieg ist für Ende Juni geplant.

Ein eigenartiger Verkehrsunfall, bei dem sieben Kraftwagen in Willemsdorf gezogen wurden, hat sich auf der von Rynowen nach Arnheim in Holland führenden Landstraße ereignet. Infolge der Glätte des Weges stieß ein aus Arnheim kommender Omnibus mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lastauto zusammen. Der Lastkraftwagen stürzte von der Böschung in einen Wassergraben. Ein zweiter Omnibus fuhr ebenso wie ein Traktor mit Anhängerwagen auf den ersten Omnibus auf. Drei gleichzeitig aus beiden Richtungen eintreffende Lastautomobile konnten nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden, so daß sie gleichfalls mit den beiden Omnibussen zusammenstießen. Die sieben Motorfahrzeuge wurden mehr oder weniger schwer beschädigt.

Infolge starken Windes stürzte in der Ortschaft Gento auf der holländischen Insel Java eine zwölf Meter hohe Mauer einer alten Reisschälerei ein. Sechzehn Arbeiter wurden von Trümmern getötet, sieben erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen.

Im Eis gefentert

Bremen, 27. Januar.

Der vor einigen Tagen auf der Unterweiser aufgelaufene Lufthafener Fischdampfer „Steinwaerder“ ist gefentert und gesunken. Von der Mannschaft ist niemand zu Schaden gekommen. Sobald die Eisschwierigkeiten behoben sind, wird man den Dampfer zu heben versuchen. Der Unfall ereignete sich nahe der Sonne 22, einer als gefährlich bekannten Stelle, an welcher bereits einmal ein Fischdampfer, die „Sophie Busse“ aus Wefermünde, gesunken ist.

Bürgermeister Dr. D. Ostrowski wird heute 50 Jahre alt. Er verwallt seit 6 Jahren erfolgreich den Bezirk Prenzlauer Berg. Der Fünfzigjährige ist bekannt als Schulpolitiker und Verbandsmitglied. Er war wiederholt in Frankreich selbst für die deutsch-französische Annäherung.

Wurstmare bei 15 Grad Kälte

Eine schwer verdiente Mark

An der Endstation Grenzallee der Nord-Südbahn steht eines der vielen Erfrischungshäuschen, die in Berlin zahlreichen Menschen ein tägliches Dasein ermöglichen. Dieses hier hat nun den großen Vorzug, an einer belebten Umsteigestelle zu stehen. Seitdem die Straßenbahnen nach Brigg und Rudow immer vereinzelter fahren, dauert manchmal die Wartezeit zu lange und er hofft sich mal eine Zigarette, mal ein Glas Milch oder eine warme Wurst.

Geschichte Kellame lockt zudem selbst die Sparfanten an: „Groschen-Buffer“ steht auf einem großen Schild und dann folgt eine lange Liste, was man heute für ein Zehnpennistück alles haben kann. Tagsüber verflucht bald der Inhaber selbst, bald seine Frau, bald ein Junge den Verkäuferdienst. Über trotz allem muß der Verdienst noch nicht genügen, um eine Familie zu ernähren. Denn abends nach sieben, wenn die Holzbuude geschlossen werden muß, stellt sich Mag mit seinem Wurstapparat in Wind, Kälte, Regen und Schnee auf und verkauft: „Heiße Wiener, das Bäckchen einen Groschen, die Riesenbock fuffzehn Pfennige.“ Da steht er nun wie so viele seiner Kollegen bei 15 Grad Kälte, von sieben bis in die Nacht um zwei, wenn die letzte U-Bahn ankommt. Manchmal ist er vollkommen unbeweglich auf seinem Platz und scheinbar schläft er im Stehen. Drei, vier abgegebene Mäntel trägt er übereinander, dicke Halbschuhe hat er an den Füßen und vom Gesicht schauen gerade nur die Augen heraus. Und trotzdem frißt sich die Kälte durch. Ein paar Schritte hin und zurück, Hände aufwärmen an der Spiritusflamme, dann versinkt er wieder in vollkommene Unbeweglichkeit eines Standbildes, bis selten genug ein Kunde kommt.

Sieben Stunden sind eine entsetzliche Zeit! Nachdem er einen ganzen Tag schon in seiner Buude gefessen hat. Und was ist der Verdienst? Eine harte Mark. Fünf Pfund Wurst, das sind etwa fünfzig Paar Wiener, verkauft er an einem Abend. Fünf Mark nimmt er ein, wovon bei den niedrigen Preisen vier Mark für Unkosten draufgehen, so daß ihn genau knapp 15 Pfennig Stundenlohn bleiben.

Kärgliche Zuflucht

Der Kontrollbeamte belagert die Untergangsbahn und alles zuckt keine Fahrkarte. Als die Reihe an ihn kommt, wird der junge Mensch, der fröstelnd in der Wagensede fauert und die klammernden Finger nervös aneinander reibt, puterrot.

Knagelnd reißt er dem Beamten seine Fahrkarte, dieser wirft einen erschauerten Blick darauf und meint dann: „Sind Sie nicht eben vorher die Strecke in entgegengesetzter Richtung gefahren und sitzen sich nun mit der Karte kontrollieren?“ „Ja“, erwidert der Angeredete, „ich hatte die verkehrte Fahrtrichtung gewählt.“ Etwas ungläubig schüttelt der Beamte den Kopf und geht weiter.

„Na, wo wollen sie denn nun eigentlich hin, junger Mann“, meint wohlwollenden Tonfalls ein stadtpelzbefiederter, fettgegriffener Herr. „Ja, wenn ich das selber wüßte, mein Herr. Ich weiß bloß das Eine: daß mich friert, elendiglich friert, daß ich seit zwei Tagen mit leerem Magen herumrenne und keine Schlafstelle habe. Und weil man im Mhl erst am Spätnachmittag antreten kann, da hab ich an der Haltestelle gelauert, bis mir einer seine Fahrkarte schenkte und wollte damit in der warmen Bahn ein wenig spazieren fahren. Aber nun muß ich raus, denn wenn mich die Kontrolle nochmal erwischt, dann krieg ich wegen Schwarzfahren mein Teil.“ „Schrecklich“, meint der Herr im Pelz und zieht unwillkürlich den Mantel fester zu, als könnten des Nachbarn aufgespeicherte Kältegrade gleich vergifteten Pfeilen sein Inneres verletzen. Dann nimmt er die Zeitung wieder hoch, während der andere im Spielkrutenlauf die Bahn verläßt.

„Liebe Frau, nu stieren Sie doch geschlagene zwanzig Minuten — ich hab nach der Uhr geguckt — immer auf det ein und selbe Blatt von die Zeitung. Schlafen Sie, oder was is los mit Ihnen“, sagt im Bahnhofs-Wartesaal ein kesser, junger Mann zu einer verbärmt aussehenden Frau im sadenscheinigen Mantel. „Na, man wird aber doch noch in Ruhe seine Zeitung lesen können“ meint die Frau, ein verlegenes Rot huscht über ihre eingefallenen Wangen, und sie reicht ihrem Widersacher die Zeitung. „Na, na, nur nicht gleich so ausgebracht, mein Lieber“, mischt sich jetzt ein Mann ins Gespräch. „Wir, laßt alle, die wir da sitzen, lesen gerne die Zeitung ganz gründlich und recht lange und wissen Sie auch, warum? Wir frieren sehr und haben keinen Ort, wo wir uns bei dieser Kälte ein wenig wärmen können. Da kommen wir hierher und lesen; vielleicht etwas länger, als man für gewöhnlich dazu braucht. Aber was macht es? Wir haben so so unendlich viel Zeit, wir haben keine Arbeit und auch niemanden, der uns erwartet, wir haben bloß eine einsame, eiskalte Stube. Bei Ihnen daheim ist es sicherlich warm und behaglich?“ „O ja, det schon“, meint der junge Mensch verlegen und man merkt es ihm an, es tut ihm leid, daß er der Frau mit seinen Worten weh getan hat. Nun möchte er sein Unrecht gern wieder gutmachen. Aber die ist inzwischen gegangen...

Der Deutsche Freidenker-Verband hat dem Hauptausflug für Arbeiterwohlfahrt den Betrag von 300 M. zur Verfügung gestellt mit der Zweckbestimmung, die Spende für die Anschaffung von warmer Kleidung, von Mänteln und Schuhen für die kleinen Schützlinge des Hauptausflusses für Arbeiterwohlfahrt zu verwenden, die aus Walden-

burg, aus dem Erzgebirge und aus Pommern gekommen sind, um für einige Wochen Erholung und gute Pflege bei hilfsbereiten Berliner Genossen zu finden. Den Pflegeeltern ist es zum Teil toll aller Opferbereitschaft nicht möglich, bei ihren beschränkten Mitteln die Kinder mit den notwendigsten Kleidungsstücken auszustatten; der Deutsche Freidenker-Verband ist da hilfsbringend eingesprungen. Die Berliner Pflegeeltern, die tapferen Kampfgenossen aus Schlesien, aus dem Erzgebirge und aus Pommern, unsere kleinen Gäste und zukünftigen Mitkämpfer — sie alle danken in herzlichster Verbundenheit der brüderlichen Arbeiterorganisation für diesen Akt der Solidarität und wertvollen Hilfe!

Triebwagen stößt auf Zug

Gerstungen a. d. Werra, 27. Januar.

Am Morgen fuhr beim Rangieren ein Triebwagen in langsamer Fahrt auf einen haltenden Personenzug auf. Hierbei erlitten sieben Eisenbahnbedienstete, die vom Dienst nach Hause fahren wollten, und drei Reisende Verletzungen; sie wurden vom Bahnarzt verbunden und konnten die Reise fortsetzen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Erwerbslosenkurse

Neue Tat der Notgemeinschaft

Der Notgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Küchen und Heimen z. B. war es im Rahmen des Notwerts der Deutschen Jugend möglich, 7 größere Kurse für Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren einzurichten.

Der Lehrplan umfaßt Deutsch (Grammatik, Rechtschreibung, Aufsätze), die Elektrizität im Dienste der Menschen, die Sozialerziehung, Rechnen, Stenographie, Gesundheitspflege des menschlichen Körpers. Den Jugendlichen wird eine berufliche Förderung je nach ihrer Ausbildung gewährt. Hierbei hat die Notgemeinschaft Berlin zunächst ihre Maßnahmen auf das kaufmännische weibliche und männliche Personal abgedehnt und sind drei Kurse dieser Gattung voll besetzt. Die Lehrfächer sind: kaufmännisches Rechnen, kaufmännische Korrespondenz, Buchführung, Handels- und Wechselrecht, Staatsbürgerkunde, Einheitszuschrift, Maschinenschreiben. Weitere Unterrichtsräume stehen in mehreren Stadtteilen der Organisation kostenlos zur Verfügung. Die Verpflegung mit Mittagessen ist gleichfalls gewährleistet.

Neue Kurse können deshalb auf gleicher Basis ins Leben gerufen werden. Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich auch durch den starken Andrang. Auf Grund der Anrufer der Notgemeinschaft melden sich die Jugendlichen in großer Zahl. Schon die Anfänge haben bewiesen, daß das Interesse der Jugendlichen an Unterricht ein außerordentlich großes ist und daß sie sich glücklich fühlen, dem ewigen Eiserne entriffen zu sein. Da-

Gemüse, Obst und Südfrüchte

Deutschlands Versorgung und die Frage der Autarkie

Der langen Reihe von Untersuchungen der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen über die Abgabeverhältnisse verschiedener agrarischer Erzeugnisse, über die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen und über den Einfluss der Verbraucherkraft auf die Lage der Landwirtschaft hat sich jetzt eine neue Arbeit zugesellt, die eine grundlegende Darstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Gartenbauzeugnissen gibt. Diese Veröffentlichung „Gemüse, Obst und Südfrüchte im Deutschen Reich“, Versorgungszustände und Verkehrsbeziehungen, von Dr. Ludwig Samuel, Verlag Paul Parey, Berlin, 1933) ist außerordentlich wertvoll.

Wir wußten über die Marktoverhältnisse auf diesem interessanten Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugung bisher nur sehr wenig, erfiel doch kaum eine Produktionsstatistik. Mit Hilfe der Güterverkehrsstatistik wird in dem Werk das Gesamtbild dieses Wirtschaftszweiges aufgezeigt. Racheinzelheiten werden die Gesamterzeugung, die Verkehrsbeziehungen zwischen inländischen Anbau- und Verbrauchsgebieten, die Einfuhr an den verschiedenen Land- und Seegrenzen, die Verteilung der Einfuhr über das Reich und die daraus abzuleitenden Entwicklungstendenzen der Produktion und des Konsums untersucht.

So gibt uns das Buch auch genaue Aufschlüsse über den Verbrauch von

Gartenbauzeugnissen in den einzelnen Städten

und Gegenden Deutschlands. An erster Stelle steht Hamburg mit 113 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung, an fünfter Stelle Berlin mit 90 Kilogramm und an letzter Stelle Ostpreußen mit 16 Kilogramm, während der Reichsdurchschnitt, immer ohne Selbstverbrauch aus Eigenproduktion gerechnet, 51 Kilogramm beträgt.

Aber auch woher die Konsumzentren ihren Gemüse- und Obstbedarf beziehen, kann man aus dem Buch von Dr. Samuel entnehmen.

Von den 600 000 Tonnen Gartenbauzeugnissen, die Berlin im Jahre 1929 verzehrte kamen 170 000 Tonnen aus der Mark Brandenburg (und zwar davon wiederum 127 000 Tonnen mit Jüherwerk und Krautspargen), 45 000 Tonnen gelangten aus Nordwestdeutschland und Schleswig-Holstein, 42 000 Tonnen aus Sachsen, Anhalt und Thüringen und 43 000 Tonnen aus den übrigen Teilen Deutschlands in den Magen der Berliner.

So daß die deutsche Landwirtschaft etwas mehr als die Hälfte des gesamten Berliner Konsums an Gartenbauzeugnissen liefert. An der Lieferung von 290 000 Tonnen ausländischen Gartenbauzeugnissen waren überseesische Länder mit 100 000 Tonnen beteiligt, das ist in der Hauptsache die Einfuhr von Südfrüchten und amerikanischen Äpfeln, während Holland 55 000 Tonnen, Italien 32 000 Tonnen, die Tschechoslowakei 41 000 Tonnen, Frankreich und die Schweiz 22 000 Tonnen nach Berlin lieferten.

Für ganz Deutschland ist der Anteil des Auslandes an der Gesamterzeugung geringer.

Im Jahre 1930 war es bei Gemüse nur mit 22 Proz., bei Obst ohne Südfrüchte mit 38 Proz. beteiligt. Seitdem ist der Anteil noch geringer geworden, denn durch die Zurückwärtigung des Verbrauchereinkommens ist der Konsum an hochwertigen Auslandszeugnissen zwangsläufig zurückgegangen.

Damit sind wir bei dem wichtigsten Problem angelangt, das die neueste Veröffentlichung der Reichsforschungsstelle behandelt, nämlich bei der Frage, welche Zukunft der deutsche Gartenbau hat.

In den letzten Jahren betrug der Einfuhrüberschuß bei einer Inlandsproduktion von einer Milliarde Mark 450 Millionen. Wird es nun gelingen, eine Erweiterung der Produktion im Inland herbeizuführen?

Zweifellos sind hier noch Reserven vorhanden, und zwar nicht nur durch die Verdrängung der Einfuhr, sondern auch durch eine Vergrößerung des Konsums. Während bei steigendem Wohlstand der Verbrauch von Roggen und Kartoffeln abnehmen wird, ist der Obst- und Gemüsekonsum stark erweiterungsfähig. Jedoch ist die

Erfekbarkeit der ausländischen Einfuhr durch deutsche Erzeugnisse

bei den einzelnen Gemüse- und Obstarten sehr unterschiedlich. Mit ihren Zollrückstellungen und Einfuhrverboten nach dem Muster des Reichslandbundes ist es nicht getan. Vielmehr muß man prüfen, ob in Deutschland Erzeugnisse überhaupt vorhanden sind oder ohne überhöhten Aufwand geschaffen werden können. Für alle Obst- und Gemüsearten gibt hierüber das neue Buch Auskunft. An einem Beispiel soll hier gezeigt werden, wie man an Hand dieser Forschungsergebnisse nachweisen kann, daß die Agitation der Landbundpresse und der Gartenbauern völlig unangemessen betrieben wird.

Die Gartenbauern fordern immer eine Erhöhung des Zolls für Blumenkohl. Die Wiedereinfuhr von Blumenkohl bildet aber gar keine Konkurrenz für den Inlandsblumenkohl, da er erst nach Erschöpfung der Inlandsreserven und vor ihrem ersten Aufsteigen auf dem Markt

importiert wird. Festgestellt wird aber, daß die Blumenkohleinfuhr im Winter in einem freilich schwer bestimmbar Umfang den Abfall von Weiß- und Wirlingkohl sowie von Gemüsekonserven beeinträchtigt.

In der Veröffentlichung wird nun zwar zu der Frage, ob diese Konkurrenzverhältnisse einen Grund bieten, die Einfuhr von Blumenkohl zu sperren, keine Stellung genommen.

Aber für jeden denkenden Menschen ist es klar,

daß man die Einfuhr von hochwertigem Frischgemüse nicht zugunsten des Konsums von gewöhnlichem Kohl oder gar von Konserven beeinträchtigen darf. Von der Einfuhr des freilandsblumenkohls, der hauptsächlich aus Holland im August bis Dezember eingeführt wird, wird gesagt, daß diese nur deshalb so groß ist, weil das Inlandsangebot mengenmäßig nicht ausreicht.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei anderen Gemüse- und Obstarten. So stammen rund 50 Proz. der Gemüseeinfuhren aus Ländern, die ein günstigeres Klima haben, während die anderen 50 Proz. aus solchen Ländern kommen, deren Gärtnereien reicher mit Glashäusern ausgestattet sind, eine hervorragende Abgaborganisation besitzen und hochwertige Standardware liefern.

Auch von der gesamten Obst- und Südfrüchteinfuhr im Werte von 270 Millionen Mark können nur 78 Millionen durch eine Verstärkung des Inlandsangebots direkt erzielt werden. Der Rest ist nur ledigat oder, wie die Südfrüchte, überhaupt nicht erzielbar.

Alle diese Betrachtungen gehen aber auf die

handelspolitische Fernwirkung von Maßnahmen, durch die die Auslandszufuhr durch deutsche Mehrerzeugung ersetzt werden soll, nicht ein. Hierdurch wird der Wert der Veröffentlichung nicht verringert. Jedoch muß man sie in der Wirtschaftspolitik berücksichtigen. Dann wird sich herausstellen, daß die mit Hilfe von Zöllen erzwungene Erzeugung der Auslandsware durch Inlandsware der gesamten Wirtschaft mehr schadet als nützt.

Mit den Abwehrmaßnahmen gegen fremdes Obst und Gemüse werden auch die Abgabemöglichkeiten für deutsche Industrieerzeugnisse im Ausland, und zwar in verstärktem Verhältnis beschnitten, so daß ein Kaufkraftverlust entsteht, der wiederum eine Verringerung des Abfahes an deutschen Gartenbauzeugnissen zur Folge hat. Daher wird in erster Linie der Aufbau des deutschen Gartenbaues durch

organ'atorische Verbesserungen,

für die Samuel ebenfalls wichtige Hinweise gibt, durchzuführen sein. Der Aufbau aber muß, wenn Fehlleitungen von Kapital und Arbeit vermieden werden sollen, planmäßig erfolgen, und das scheint die wichtigste Erkenntnis zu sein, die sich aus der Lektüre des Buches ergibt. Planung ist aber nur möglich mit Hilfe von wissenschaftlichem Rüstzeug. Deshalb ist auch diese Veröffentlichung ein Beweis für die Sinnlosigkeit des Entschlusses des Reichsernährungsministers, der die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen auflösen und damit die Marktforschung an die Interessenten ausliefern will. F. Bading.

USA.-Filmriese bricht zusammen

Der 700-Millionen-Konzern Paramount unter Zwangsverwaltung

Der mächtigste Filmkonzern der Vereinigten Staaten, die Paramount Public Corporation, die mit einem Aktienkapital von fast 700 Millionen Mark arbeitet, ist unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Diese Maßnahme, die in der Finanzwelt der USA ungeheures Aufsehen erregt hat, ist auf einen Antrag mehrerer Gläubiger hin erfolgt, die ein offenbar sehr berechtigtes Mißtrauen hatten, daß die wertvollsten Betriebe des Konzerns aus dem Unternehmen herausgelöst wurden, um dem Zugriff der Gläubiger entzogen zu werden.

Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Verwaltung tatsächlich die besten Werte aus dem Unternehmen herausgenommen und in selbständige Gesellschaften zu einer Zeit eingebracht hat, wo es bereits völlig überschuldet war.

Bei diesen „verselbständigten“ Betrieben handelt es sich hauptsächlich um die Filmproduktion- und Verleihabteilungen, die trotz der schweren Filmterse immer noch mit Gewinn arbeiteten. Dagegen hat man das völlig unrentable Theatergeschäft, an dem die größten Verluste hängen, im Konzern belassen. Die Paramount besitzt auch in Deutschland ein eigenes Unternehmen, die Paramount Film Betriebe G. m. b. H., die viel mit der Ufa zusammenarbeitet.

Das Theatergeschäft ist die wesentlichste Ursache für den Zusammenbruch.

Der Paramount-Konzern war bis zur Zeit der zahlreichen Fehlerexpansionen ein Unternehmen, bei dem Jahr für Jahr riesenhafte Profite erzielt wurden.

1928 wurden 35 Millionen Mark Reingewinn, 1929 bereits 62 Millionen Mark und im Krisenjahr 1930 sogar 77 Millionen Mark Reingewinn erzielt. Die Aktie der Paramount bildete daher

Zeugen des Massenelends

Die Konsumvereine berichten

Der Zentralverein deutscher Konsumvereine meldet für den Monat Dezember bei 151 großen Vereinen einen Gesamtumsatz von 54,12 Millionen Mark gegenüber 43,3 Millionen im November und 54,0 Millionen als Höchstumsatz des Jahres im April. Pro Mitglied ergab sich ein Umsatz von 26,13 gegenüber 20,74 M. im November und 24,93 M. als monatlicher Höchstumsatz im April. Der Dezembermonat ist als Weihnachtsmonat der günstigste des Jahres.

Wie riesenhaft aber der Umsatzrückgang durch das Massenelend geworden ist, zeigt die Tatsache, daß der Dezemberumsatz des Jahres 1932 mit 54,12 noch unter dem Dezemberumsatz des Jahres 1925 mit 58,05 Millionen liegt.

Im ganzen Jahre 1932 haben die 151 monatlich berichtenden Vereine 598 Millionen Mark umgesetzt gegen noch 812 Millionen Mark im Jahre 1931. Dem gesamten Umsatzverlust von 26,4 Proz. steht aber nur eine Senkung der Lebenshaltungskosten ohne Wohnung um 11,8 Proz. gegenüber. Aus dieser Differenz springt der Kaufkraftmord durch Lohnsenkung und Arbeitslosigkeit ganz besonders deutlich in die Augen.

ger schwere Verluste erleiden werden. Es sind die Allerersten unter den Bankmatadoren New Yorks, die bei der Paramount ihr Geld stecken haben so die National City Bank, das Haus Morgan und die von dem Anleihegeschäft mit Deutschland her wohlbekannte Bankfirma Kuhn Loeb u. Company. Aber dabei werden sich die Verluste nicht erschöpfen, sondern auch die Aktionäre werden sich auf erhebliche W- striche bei ihren Kapitalforderungen gefaßt machen müssen, was bei der enormen Kapitalsumme — die fast derjenigen des Stahlvereins in Deutschland entspricht —

zwangsläufig schwere Rückschläge an der Börse

nach sich ziehen muß.

In den letzten Tagen hat eine führende Beteiligung des Konzerns, die Public Enterprises, von sich aus Antrag auf Zwangsverwaltung gestellt. Die ungedeckten Passiven erreichen hier etwa 80 Millionen Mark. Auch in den übrigen Filmkonzernen kristallisiert es bedenklich, da die Fehlerexpansionen in der Filmindustrie allgemein einen großen Umfang angenommen haben, die mit der Dauer der Krise in wachsenden Verlusten ihren Niederschlag finden. So wie die Dinge liegen muß man mit einer Aufammenbruchperiode in der Filmindustrie der Vereinigten Staaten rechnen deren Rückwirkung im Hinblick auf die dort investierten Milliarden noch gar nicht abzulehen sind.

Neue Berliner Anleihe

Es werden 20 Mill. zur Zeichnung aufgelegt

Die Fülle am Geldmarkt und der Erfolg der Preußenanleihe läßt den Versuch der Stadt Berlin, die am 1. April fälligen Schatzanweisungen durch neue abzulösen als aussichtsreich erscheinen. Die alten Schatzanweisungen waren mit 5 Proz. verzinst und sind am 1. April zu 110 Proz. zurückzuzahlen.

Ein Bankenkonzern unter Führung der Preussischen Staatsbank und der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft legt in der Zeit vom 30. Januar bis 18. Februar neue Schatzanweisungen im Betrage von 20 Millionen Mark auf, die entweder gegen die alten Schatzanweisungen getauscht oder neu gezeichnet werden können. Die neuen Papiere werden mit 6 Proz. verzinst und zum Kurse von 100 Proz. ausgegeben. Sie werden von 1934 bis 1938 durch freien Ankauf an der Börse oder durch Auslosung getilgt; die reguläre Rückzahlung erfolgt mit 108 Proz.

Der Umtausch der alten in die neuen Schatzanweisungen ist also für die Gläubiger ein recht gutes Geschäft. Sie erhalten beim Umtausch 10 Proz. in bar (die alten Schatzanweisungen werden zu 110 Proz. fällig, die neuen werden zu 100 Proz. ausgegeben); ferner bekommen sie von jetzt ab 6 statt bisher 5 Proz. Zinsen. Und schließlich erhalten sie bei der Auslosung noch einmal einen „Bonus“, ein Dreifachgeld von 8 Proz.

Kundgebung des Handwerks

Warmbold und Wagemann sprechen

Der Reichsverband des deutschen Handwerks veranstaltete gestern vormittag im Herrenhaus bei starker Vertretung der Behörden eine öffentliche Kundgebung. Das Handwerk leidet unter der Krise; es leidet unter der Einschränkung der Massenkraft und der Vernachlässigung durch die Banken und sucht das Ohr der Reichsregierung, damit ihm geholfen werde. Für die Reichsregierung sprach der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold.

Er wies nach, daß die Reichsregierung auch für den Mittelstand viel getan habe.

Von den 65 Millionen Mark Reichsbürgschaften für die gewerblichen Kreditgenossenschaften seien 32 Millionen verlorene Zuschüsse schon gewährt worden, weitere 28 Millionen verlorene Zuschüsse sollen demnächst hinzutreten. 20 Millionen Mark werden im Rahmen der Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, den gewerblichen für Ausfälle aus landwirtschaftlichen Forderungen zur Verfügung gestellt. Für Kredite an das mittlere und kleine Gewerbe seien 40 Millionen Mark Schatzanweisungen über die Bank für Industriedobligationen bereitgestellt, die 50 Millionen Mark Hausreparaturen, die dem Handwerk zum großen Teil zugute kommen, werden durch weitere 50 Millionen erweitert.

Die Richtlinien für die Arbeitsbeschaffung bringen ein ausdrückliches Verbot der Schwarzarbeit.

Die Konkurrenz der Einzelpreisgeschäfte sei durch Verordnungen eingeschränkt.

In sehr interessanter Weise sprach dann Professor Wagemann vom Institut für Konjunkturforschung über: „Handwerk und Volkswirtschaft“. Trotz des Siegeszuges der Technik und der Konzentration habe das eiserne ökonomische Gesetz von den sinkenden Generalumsätzen bei steigendem Umsatz die Lebenskraft des Handwerks nicht untergraben können. Der wachsende Wohlstand der Bevölkerung und der Uebergang zur Massenproduktion habe neue individuelle An-

sprüche erzeugt, der technische Fortschritt habe neue Handwerkszweige hervorgerufen, wie die Maschinenlochererei, die Installation, das Auto- und Fahrradreparaturgewerbe.

Die Lebenskraft des Handwerks zeige sich in den beträchtlichen Kapitalinvestitionen, die in den 5 Jahren von 1924 bis 1928 mit rund 1,27 Milliarden ein Siebentel der gesamten industriellen Neuinvestition ausgemacht habe.

Die Krise habe die Widerstandskraft des Handwerks besonders bewiesen. Während von 1928 bis 1930 die industrielle Bruttoproduktion von 84 auf 69 Milliarden oder um 18 Proz. gesunken sei, habe sich der Umsatz des Handwerks nur von 20,1 auf 17,3 Milliarden oder um nur 14 Proz. verringert. Im Jahre 1932 stand die industrielle Produktion 40 Proz. unter 1928, die handwerkliche aber nur um etwa 30 Proz. Dennoch sei die Lage des Handwerks ernst, denn während der Stadt der Großwirtschaft vielfach mit Subventionen bespringen mußte, habe er das Kleingewerbe weit mehr auf Selbsthilfe gestellt. Inwiefern habe die Förderung der Wohnungsreparaturen durch das Reich eine fühlbare Entlastung gebracht.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurde zu den Themen der Arbeitsbeschaffung, der Schwarzarbeit, der Beschränkung des Zugangs zum Handwerk sowie über Arbeitsdienst und Stielung referiert. Eine ausführliche Entscheidung läßt die einzelnen Forderungen zusammen, die den zuständigen Reichs- und Wirtschaftsstellen zugeleitet werden.

Für 60 Millionen neue Aufträge. Der russische Röhrenauftrag an das Deutsche Röhrenwerk hat, wie jetzt mitgeteilt wird, einen Wert von 40 Millionen Mark. Dementsprechend sind jetzt noch eine Reihe Nebenbestellungen für bestimmte Maschinen, Bohrgeräte, Sonderfräse und Bleche gefolgt, so daß sich die neuen russischen Aufträge auf einen Gesamtwert von nahezu 60 Millionen Mark stellen. An der Finanzierung und Durchführung des Geschäftes ist die Firma Otto Wolff führend beteiligt.

Der Erbfeind der Nation

Die Volksbewegung
gegen die Junker — Ein Alarmruf der christlichen Metallarbeiter

Das offizielle Organ des Christlichen Metallarbeiterverbandes, „Der Deutsche Metallarbeiter“, veröffentlicht in seiner nächsten Nummer einen auffeuernden Alarmruf gegen den ostdeutschen Großgrundbesitz, den wir im folgenden in seinen wesentlichen Teilen wiedergeben. Dieser Aufsatz zeigt nicht nur die Stärke der durch die Osthilfeentwässerungen hervorgerufenen Volksbewegung, sondern auch ihre Notwendigkeit.

Eine solche Volksbewegung aber muß ein Ziel haben! Dies Ziel hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit ihren grundsätzlichen Anträgen zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft aufgestellt. Sie fordert klar und eindeutig die Enteignung des Großgrundbesitzes!

Das Organ der christlichen Metallarbeiter hat mit seinem Aufsatz die Notwendigkeit dieser Enteignung glänzend begründet! Es geht aber nicht nur darum, Begründungen zu liefern, sondern das Ziel zu erkämpfen! Wir richten deshalb an die christlichen Arbeiter die Aufforderung, mit uns zu kämpfen gegen den ostelbischen Feind der Nation, mit uns einzutreten für die Enteignung des Großgrundbesitzes!

Der „Deutsche Metallarbeiter“ schreibt:

Ist nur der Feind der deutschen Nation, der sich offen gegen ihren Geist und ihr Leben wendet, oder ist nicht jener vielleicht ein ebenso gefährlicher Gegner der Nation, der den nationalen und volklichen Gedanken leblich als Wandschirm, als Mantel, als Verhüllung seiner erbärmlichen, eigenförmigen Interessen betrachtet? Der heimlich gegen die inneren edlen Kräfte seines Volkes angeht und rebelliert aus der Erwägung heraus, damit für seine Sonderinteressen klingende Münzen herauszuschlagen?

Warum haben wir in Deutschland die erschreckenden Wachstumsziffern des Radikalismus, warum nicht in England, das ebenfalls von der Krise stärkstens heimgesucht wird, und das seine Arbeiterlosen nicht besser stellt als Deutschland?

Deutschland war in der Vorkriegszeit — trotz seiner Sozialversicherung — das Land der politischen und gesellschaftlichen Rechtslosigkeit der Arbeiterschaft. Bestimmend dafür war der Geist des ostpreussischen Großgrundbesitzes.

Ihm beugte sich die Krone weithin. Er ging nicht ohne Erfolg gegen die Bauernbefreiung des Freiherren vom Stein vor. Gegen ihn war auch Bismarck gehemmt. Selbst der aufgestiegene Großindustrielle, der Orden und Ehrenzeichen verschmähte, versuchte aber doch als Rittergutsbesitzer etwas von dem Glanz und der Macht des ostpreussischen Großgrundbesitzes mitzubekommen. Deutschland ist in der Nachkriegszeit das Land der politischen Intrigen. Der politische Salon ist das Eldorado der politischen Schieber. Durch enge Beziehungen bis zu den höchsten Stellen werden hier Regierungen gebaut und Kanzler verabschiedet. Manchmal gelingt es demselben — manchmal — das letzte Jahr ist ein deutlicher Beweis dafür — haben sie Glück. Aber die Intrige ist doch nicht Selbstzweck. Sie dient dazu, dauernd überragende Positionen zu schaffen für die alte Herrschaft. Weil man das durch das Parlament schwer erreichen kann, macht man die Politik der Hintertreppe. Dieses Positionsschaffen für die alte Herrschaft bedeutet aber eine ständige Bedrohung der politischen Rechte des Volkes und eine ständige Unterminierung der sozialen Rechte der Arbeiterschaft. Die Herrschaft will nicht etwa nur eine gesellschaftliche Heraushebung ihrer Klasse, sondern vor allem materielle Begünstigungen. Daher die unerhörten Zollbelastungen, daher die Kontingentierungspläne, daher die Manipulationen mit Roggen und Weizen, daher die Milliarden der Osthilfe. War es nicht ein führender Osthilfe, der einmal einer autoritären Reichsstelle gegenüber — künnegemäß — das Wort sprach:

„Der ostdeutsche Großgrundbesitz hat einen Anspruch auf solche Vergünstigungen, denn aus ihm gehen ja auch die Führer Deutschlands hervor.“

Wir brauchen nicht mehr zu fragen: Woher kommt der übergroße Radikalismus in Deutschland gegenüber England? Hier liegt die Erklärung.

Das Antisoziale liegt dieser ostdeutschen Herrschaft im Blut. Ihr hat der Unterebene nie viel bedeutet. Sie hat auch nie Sinn für die entscheidende Mission des Bauerntums für ein Volk gezeigt.

Das Bauernlegen war zeitweilig ihre einzige Beschäftigung. Es ist gut, gerade heute das einmal wieder herauszustellen. Die fortwährenden Kriege des 17. und 18. Jahrhunderts hatten den Bauern arm gemacht. Der Gutsherr war durch das Ausleihen selbst geringer Geldsummen, welche von den Bauern nicht zurückgezahlt werden konnten, mit Hilfe des „römischen Rechts“ in den Besitz der Bauerngüter gelangt. Der Bauer aber ließ dem Herrn, der ihm das Fell über die Ohren ziehen wollte, davon. Das war nicht nach dem Sinn der Herren. Sie drangen in ihre Landesregierung, und der „Landesvater“ kam dann mit Dekreten, wie der „Mecklenburgischen Ge-

finde- und Tagelöhnerordnung“ von 1654, das die Bauernleute nicht ohne Vorwissen der Obrigkeit sich verloben oder ihre Hufe verlassen durften, „weil sie nach Landesgebrauch mit Knechtschaft und Leibeigenschaft samt ihrem Weib und Kindern vermandt und daher ihrer Person selbst nicht mächtig sind.“ In Ostpreußen konnte der Adels die Bauern beliebig verkaufen und vertauschen. Einen „Leibeigenen“ gegen einen guten Jagdhund zu vertauschen, galt als prächtiges Geschäft. Die preussische Dorfpolizeiordnung von 1804 war ganz nach den Wünschen der Gutsherren aufgestellt. Sie umfaßte 35 Quartseiten mit Androhungen von Halsseifen, Peitschenhieben, Spießrutenläufen, die der Gutsherr über seine Untergebenen verhängen durfte. Und die Bauernbefreiung? Die Bauern mußten sie teuer genug erkaufen. 1824 fiel in Mecklenburg die Leibeigenschaft und erst 1848 in den thüringischen Kleinstaaten!

Warum wir das schreiben? Um zu zeigen, daß das antisoziale Denken ein organischer Bestandteil des Geistes des ostdeutschen Großgrundbesitzes ist.

Daß es dabei Ausnahmen gibt, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Regel aber lautet anders. Dieses antisoziale Denken sucht er einzubauen in das politische und staatliche Getriebe Deutschlands. Das ist ihm weithin gelungen. Aus der Ueberhöhung seiner Schicht leitet er auch die Selbstverständlichkeit der Milliardensubventionen für seine überschuldeten Güter ab. Der arme Teufel, der selbst kaum etwas zu essen hat, muß mitheissen, die Millionen Güter zu stützen.

Die Frage der Stellung des ostdeutschen Großgrundbesitzes geht weit über das Materielle — wenngleich dieses wichtig ist — hinaus. Ausschlaggebend ist das politisch-soziale Moment. Es ist für das deutsche Volk schlechterdings unmöglich, weiterhin den über volkswirtschaftliche und nationale Interessen hinausgreifenden verderblichen Einfluß des ostdeutschen Großgrundbesitzes zu ertragen.

Entweder gelingt es binnen kurzem, das Interessengebiet des ostdeutschen Großgrundbesitzes einzugliedern in das Gesamtinteresse der Nation, oder aber die Nation ist vor die Notwendigkeit einer zwangsweisen Aufteilung der Großgüter unter die aufbauwilligen landlosen deutschen Menschen gestellt.

In dem Erstarken eines gesunden Bauerntums hat die Arbeiterschaft ein bedeutendes Interesse. Mit dem Bauerntum gemeinsam will sie die Subventionskluderei des Großgrundbesitzes aus nationalen Gründen bekämpfen!

Geschrei der Erlappten Hugenberg deckt Osthilfekorruption

Der peinliche Eindruck, den die Enthüllungen über die Mißbräuche der Osthilfe in allen Bevölkerungsschichten hervorgerufen haben, ist den Deutschnationalen so unangenehm, daß sie ihn durch einen ungewöhnlich plumpen Angriff zu verweischen suchen.

Der „Deutsche Schnelldienst“, eine Hugenberg-Korrespondenz, spricht von einem Manöver der „roten Konzortie“. Demgegenüber braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß die Aufdeckung der Mißbräuche der Osthilfe nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch

Der Deutsche Industrie- und Handesstag, die Spitzenorganisation der Handelskammern, legt sich jetzt in einer Eingabe an die Reichsregierung mit der exportverachtenden Handelspolitik der autoritären Regierungen auseinander. Mit besonderem Nachdruck wird auf die Gefahren, die aus der Kündigung des Schwedenvertrages für Deutschland erwachsen, hingewiesen. Hier heißt es, der Abbruch der Verhandlungen mit Schweden werde ein Schlaglicht darauf, daß trotz aller Warnungen der Industrie die Reichsregierung „allzulehr den Forderungen der landwirtschaftlichen Vertretungen zu entsprechen geneigt sei“.

Weiter wird gesagt, daß der gegenwärtige verfallene Zustand Englands Stellung in Schweden außerordentlich festige, was um so gefährlicher sei, als England ohnehin durch seine Saluzentwertung den deutschen Export schon erheblich zurückgedrängt habe. So sei Englands Anteil an Schwedens Gesamteinfuhr im vergangenen Jahr von 13 auf 19 Proz. gestiegen, Deutschlands Anteil dagegen von 28 auf 25 Proz. gesunken.

Des Weiteren wird darauf verwiesen, daß die Verhältnisse des deutschen Exports nach Holland ganz ähnlich wie in Schweden liegen. Das Ver-

Die deutsche Schicksalsfrage



Wer hat zur Zeit das Ohr des Herrn Reichspräsidenten?

durch das Zentrum erfolgt ist. Weit wichtiger aber ist die Tatsache, daß schon die allererste Aussprache dazu führte, daß aus allen Bevölkerungskreisen weitere Mitteilungen über Mißbräuche der Osthilfe eingingen, so daß täglich deutlicher wurde, welche ungeheure Empörung in den betroffenen Gebieten über die begünstigten ostelbischen Großgrundbesitzer herrscht.

Wenn Hugenbergs „Schnelldienst“ weiter davon spricht, man wolle nur die Aufdeckung des „Hauszinssteuer-Scandals“ verhindern, bei dem es sich nicht um ein paar Millionen, sondern um Summen von 6 bis 7 Milliarden Mark handelt, so ist das nur ein Verlegenheitsgestammel. Die Hauszinssteuer entrichten Mieter und Hausbesitzer an den Fiskus. Wie dabei eine Bereicherung vor sich gegangen sein soll, ist schleierhaft. Vielleicht aber meinen die Deutschnationalen die Vergebung von Hauszinssteuer-Hypotheken. Bisher ist aber auch hier niemals von Unregelmäßigkeiten die Rede gewesen. Sollte es aber einen solchen Fall geben, so hat er immer noch nichts mit persönlicher Bereicherung zu tun. Außerdem wird sich die Sozialdemokratie nicht schüchtern vor solche Dinge stellen, wie es die Deutschnationalen bei den Osthilfeskandalen getan haben, weil sich die korrupten Persönlichkeiten meist in ihrem Lager befinden. Man kann also in voller Ruhe der Verleumdungskampagne der Deutschnationalen entgegensehen. Sie dürfte nicht nur ein neuer Beweis sein, welche schmutzigen Methoden im Kampf für eine schmutzige Sache die Deutschnationalen anwenden, sondern wie groß auch ihr Haß gegen die Mieter in Neubauspaltungen, bei denen die Bewährung von Hauszinssteuer-Hypotheken zu einer, wenn auch vollkommen ungenügenden Verbilligung der Baukosten geführt haben, ist.

Es muß schließlich immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Osthilfe, die im Jahre 1930 durch eine Rotverordnung eingeführt wurde, ursprünglich nur den unregelmäßigen Zusammenbruch von überschuldeten Betrieben verhindern sollte. Man wollte aber keine Befestigungspolitik um jeden Preis treiben. Wer aus persönlichen oder sachlichen Gründen nicht sanierungsfähig war, sollte sein Land Siedlungszwecken überlassen. Diesen Charakter hat die Osthilfe solange gehabt, als die preussische

Regierung bei ihrer Durchführung beteiligt war. Erst als im Herbst 1931 der Einfluß Preußens vollkommen ausgeschaltet und statt dessen die Landwirtschaft eingeschaltet wurde, da sind jene Mißbräuche zum System erhoben worden, die heute die Entrüstung der gesamten Öffentlichkeit hervorrufen. Der neue Kurs der „autoritären Staatsführung“ ist es, den allein die Verantwortung trifft, daß viele Tausend Millionen Steuergelder vergeudet worden sind.

Blum gegen Herriot Für Durchführung des Volkswillens

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Paris, 27. Januar.

Léon Blum hat am Freitagvormittag während der Finanzdebatte in der Kammer eine Rede zur Finanzpolitik gehalten.

Blum kennzeichnete zunächst den Widerstand der gemäßigten Rechtsparteien und die von ihnen im Lande entfesselte Kampagne gegen die von der Finanzkommission ausgearbeitete Finanzvorlage als ein politisches Manöver, das nur dazu bestimmt sei, die Radikalen von den Sozialisten zu trennen, um den Weg für eine Konzentrationsregierung freizumachen. Damit hat Blum, ohne den Namen Herriot auszusprechen, zugleich dem früheren Ministerpräsidenten einen Schlag versetzt: denn auch Herriot stand im Begriff, auf eine Konzentrationspolitik hinzusteuern. Er hat sich, wenn auch nicht öffentlich, gegen die Haltung der radikalen Mitglieder des Finanzausschusses aufgelehnt und wollte versuchen, das Bündnis der Radikalen mit den Sozialisten zu zerstören. Herriot hat zu diesem Zweck eine Annäherung an Flandin gesucht, um die Linksrepublikaner und deren Nachbarparteien für sich zu gewinnen. Dieses Spiel hat Léon Blum durchkreuzt.

Der Sozialistenführer wies in seiner Rede ferner darauf hin, daß alle von den Sozialisten vorgeschlagenen Sanierungsmaßnahmen den Beschlüssen der radikalen Kongresse entsprächen, und er warnte die Radikalen davor, auf die Spaltungsmanöver der gemäßigten Rechten hereinzufallen. „Die Mehrheit“, so schloß er seine Rede, „hat jetzt ihre Probe zu bestehen. Es war vorauszu sehen, daß große kapitalistische Kräfte eines Tages eine Art Untercheidung zwischen den bei den Wahlen siegreichen Parteien durchzuführen würden. Ich habe den heißen Wunsch, daß in diesem kritischen Augenblick

der Wille der Wählerschaft nicht vergehen,

nach verkannt wird. Was uns Sozialisten anbelangt, werden wir alles tun, um aus dieser Kammer auf dem Gebiet der Gerechtigkeit und des Friedens alle Möglichkeiten herauszuziehen, die der Volkswille ihr übertragen hat.“ Blums Rede rief einen ungeheuren Beifallssturm hervor.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verurteilte der der Lardieu-Gruppe angehörende frühere Finanzminister Reynaud durch heftige Angriffe gegen Chéron und gegen die Beschlüsse der Finanzkommission die Radikalen von den Sozialisten zu trennen. Dieser Versuch hatte das Ergebnis, daß Chéron, über die Angriffe Reynauds empört, erklärte, er wünsche, daß die Sanierung der Staatsfinanzen von der republikanischen Mehrheit durchgeführt werde, der er sich im Interesse des Landes zur Verfügung gestellt habe.

Während der Sitzung besprach eine Delegation aus von den Linksparteien gebildeten Arbeiterschusses mit Chéron und Paul Boncour die noch strittigen Punkte der Finanzvorlage. Der Finanzminister erklärte sich unter der Bedingung zu Konzessionen bereit, daß bei den Parteien der gleiche Veröhnungswille bestehe.

Gegen Handelskriege!

Die Industrie meldet sich zum Wort

hänis zu Holland muß im Hinblick auf seine Bedeutung als Schlüsselstellung der künftigen deutschen Handelspolitik angesehen werden. Zum Schluß wird in dem Protest an die Reichsregierung die für die deutsche Handelspolitik vernichtende Bilanz gezogen, daß durch die Zollmaßnahmen des letzten Jahres 20 Proz. der deutschen Ausfuhr unmittelbar gefährdet seien.

Die sachlichen Feststellungen des Industrie- und Handelsstages sind durchaus richtig. Die Vertreter der Industrie werden sich aber schwer täuschen, wenn sie annehmen, mit sachlichen Argumenten bei der Regierung etwas zu erreichen. In der Beziehung wird ihnen der Landbund, der mit großem Geschrei 1000 Proz. fordert, um 500 Proz. zu erhalten, in der Handelspolitik stets den Rang ablaufen. Es ist aber immer das alte Lied: Wenn es sich um wirtschaftliche Lebensfragen handelt, tritt die Industrie gegenüber den Agrarier mit weichen Sohlen auf, nur wenn es sich um Löhne und sozialpolitische Fragen handelt, versteht sie gegen die Arbeiterschaft die gleiche Demagogie anzunehmen, wie dies der Landbundgraf Kalckreuth und seine Paladine gegenüber den „Geldbesitzinteressen der international eingestellten Exportindustrie“ zu tun belieben.

Furchtbare Krisenwirkungen

Beispielloser Zusammenbruch des Baumarktes

Der Deutsche Bauergewerksbund hielt dieser Tage in Berlin eine Beiratskonferenz ab, deren Beratungsgegenstände besondere Beachtung verdienen. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Fragen der Arbeitsbeschaffung und des freiwilligen Arbeitsdienstes, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, die Anstrengungen zur Erhaltung der Kampfkraft des Bundes und die Vorbereitungen für die bevorstehenden Tarifverhandlungen.

Gegenüber den Prophezeiungen, die einen langsamen Wirtschaftsaufstieg voraussehen, empfahl der Bundesvorsitzende Bernhard in seinem Ueberblick über die Lage der Bauwirtschaft größte Vorsicht. Der Baumarkt liege noch immer fast völlig still; die Bautätigkeit sei nahezu bis auf den Nullpunkt gesunken. Das zeigten u. a. auch die von den Berufsgenossenschaften für 1932 festgestellten Lohnsummen, die etwa 90 Millionen Mark ausmachten. Das seien

nur etwa 25 Proz. der 1929 umgesetzten Lohnsumme.

Im Baugewerbe habe 1932 die durchschnittliche Arbeitslosigkeit 82,42 Proz. betragen; bis zum 9. Januar sei diese Ziffer bis auf 87,15 Proz. gestiegen, und die Nachgruppe der Maurer habe um diese Zeit eine Arbeitslosigkeit von 89 Proz. feststellen müssen. Im Juni vergangenen Jahres seien 76,6 Proz. der Bundesmitglieder mehr als 1 Jahr, 55,5 Proz. mehr als 1 1/2 Jahr und

21 Proz. mehr als 100 Wochen arbeitslos

gewesen. Angesichts dieser furchtbaren Ziffern erübrige es sich wirklich, noch ein Wort über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung zu sagen. Gegen die Arbeitsbeschaffung könne man heute nicht mehr angeblich überhöhte Löhne ins Feld führen; auch seien die Baukosten ganz bedeutend gesunken. Der Baukostenindex betrage nach den amtlichen Feststellungen gegenüber 100 im Jahre 1914 nur noch 119. Trotzdem sei leider für dieses Jahr noch keine ausreichende Besserung in der Bauwirtschaft zu erwarten. Vielleicht gelinge es, durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung und durch den Gereke-Plan ein Drittel der Bauarbeiter in Arbeit zu bringen, aber ein solches Ergebnis sei noch recht unbefriedigend.

Die Mißstände und Mißgriffe im Freiwilligen Arbeitsdienst

wurden von Otto und Rosenzweig beleuchtet. Der F.A.D. werde in jüngster Zeit etwas kritischer beurteilt als bisher. Auch Leute, die den F.A.D. nach Kräften gefördert hätten, könnten die immer stärker auftretenden Schäden nicht leugnen. Vor allem beginne man einzusehen, daß der Arbeitsdienst Geldverschwendung sei, d. h. er komme vielfach teurer zu stehen als reguläre Erd- und Tiefbauarbeiten bei einem tarifvertraglich geregelten Arbeitsverhältnis. Der Geldverschwendung müsse Einhalt geboten werden; ebenso müsse mit dem Unfug, Koststandsarbeiten nicht entsprechend dem Tarifvertrag zu entlohnen, endlich aufgeräumt werden. Die Entwicklung des F.A.D. habe dem Bauergewerksbund, der von Anfang an gewarnt habe, recht gegeben.

Die Bundeshauptkasse arbeitete, wie im Bericht über die inneren Bundesangelegenheiten mitgeteilt wurde, in den letzten Vierteljahre mit Unterbilanz. Die Ausgaben überschritten ständig die Einnahmen. Auch die gekürzten Unterstützungen verursachen immer noch verhältnismäßig hohe Ausgaben. So wurden allein im dritten Vierteljahr 1932 für Unterstützungen 343 755 Mark ausgegeben. Auch die Invalidentätigkeit des Bundes erfordert große Ausgaben: im dritten Vierteljahr 105 000 Mark, im vierten 111 000 Mark. Der Bund hatte am Schluß des vorigen Jahres 12 937 Invalidentätig-

keitsempfänger. Zur Behebung der Schwierigkeiten sollen weitere Sparmöglichkeiten verwirklicht werden.

Alle Unterstützungen bleiben nach einem Beschluß des Beirats vorläufig in ihrer jetzigen Höhe bestehen.

Die Erörterung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft ergab klar und deutlich, daß auch künftig wie bisher Gewerkschaften und Partei in enger Fühlung bleiben müssen. Die großen Ziele der Arbeiterbewegung könnten nur im gemeinsamen Vormarsch erreicht werden.

Neue Tarifverhandlungen für die Bauarbeiter stehen bevor. Auch im Baugewerbe hat die Rotverordnung vom 5. September, wie Scheibel in seinem Bericht über die Lohn- und Tarifbewegung hervorhob, zu Abwehrkämpfen geführt. In 60 Baugewerkschaften versuchten die Unternehmer entsprechend der Rotverordnung die Löhne zu senken. Wo die Bauarbeiter gut organisiert sind, gelang es, den geplanten Abbau abzuwehren.

Eine weitere Herabdrückung der Lebenslage ist unwirtschaftlich, unmenschlich, unmoralisch.

Wie weit die Löhne der Bauarbeiter bereits abgefaßt sind, zeige ein Beispiel aus Württemberg. Dort haben Tiefbauarbeiter mit einem Rettowochenverdienst von 15,20 M. nach Hause gehen müssen; erst durch energische Verhandlungen des Bundes sei es gelungen, eine Wochenzulage von 4,50 M. durchzusetzen. Ähnliche Fälle seien in den verschiedensten Gegenden Deutschlands festzustellen. Im Tiefbau beschäftigte Koststandsarbeiter verdienten in manchen Fällen weniger, als ihre Unterstützung betragen hat.

Im Hinblick auf das grauenvolle Lohnelend wurde auf der Konferenz sehr ernsthaft die Frage gestellt, ob es denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt noch angebracht sei, tarifvertragliche Vereinbarungen über Löhne abzuschließen. Jedenfalls war sich die Konferenz darüber reiflos im Klaren, daß eine weitere Verschlechterung des Bauarbeiterlohns absolut unerträglich ist.

Löhne entschieden ab, die größtenteils auch nur auf dem Papier stehen, da in den meisten Betrieben nur bis zu 24 Stunden die Woche gearbeitet wird. Die Unternehmer, die zum 31. Januar auch den Manteltarif zwecks Verschlechterung gekündigt haben, wollen jetzt offenbar durch betriebliche Vorstöße noch mehr als das damals gesteckte Ziel erreichen.

Kampf in Dänemark

In Dänemark sind, wie am Freitag offiziell mitgeteilt wurde, die Anstrengungen der Regierung zur Beilegung des großen Arbeitskonflikts gescheitert. Von weiteren Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern wurde Abstand genommen, weil sie im Augenblick aussichtslos sind. Somit erscheint die Aussperrung von 100 000 Arbeitern unvermeidlich. Auch hier handelt es sich um den gewaltigen Versuch der Unternehmer, die Löhne zu senken.

Eine Schlappe

Die Wahl bei Tietz

Die Tief-Belegschaft hat ihre Betriebsvertretung neu gewählt. Sie hat ihre berechnete Erbitterung über den Abbau der Löhne und Gehälter, die Kurzarbeit usw. nicht dem Unternehmer vergolten, sondern den freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angelegenheitsräten.

Von der R.P.D. ist die Betriebsratswahl bei Tietz zu einer maßlosen Heiße gegen die freien Gewerkschaften und gegen die freigewerkschaftlichen Kandidaten benutzt worden. Wenn dieser gemeine Verleumdungszug auch nicht die von der R.P.D. gewünschte Wirkung voll erreicht hat, so muß doch unumwunden zugegeben werden, daß die R.P.D. in diesem Kampf gegen die eigenen Kollegen einen Erfolg errungen hat, wenn dieser Erfolg auch nicht so groß ist, wie sie gehofft hatte.

Das zahlenmäßige Ergebnis der Betriebsratswahl bei Tietz ist folgendes: Bei den Arbeitern wurden 1129 (1931: 1343) gültige Stimmen abgegeben, davon erhielten die freien Gewerkschaften 556 (734) und die R.P.D. 573 (609). Der 11 (12) Köpfe zählende Arbeitererrat setzt sich zusammen aus 5 (7) Freigewerkschaftlern und 6 (5) R.P.D.-Leuten. Von den 4547 (5518) wahlberechtigten Angestellten beteiligten sich an der Wahl 4059 (4746). Es erhielt die freigewerkschaftliche Liste 1819 (2417) Stimmen, die R.P.D. 1014 (1095) Stimmen, der G.A. 798 (913) Stimmen und die Liste der gehobenen Angestellten 310 (341) Stimmen. Der wieder aus 21 Mitgliedern bestehende Angestelltenrat setzt sich zusammen aus 10 (12) Freigewerkschaftlern, 6 (4) R.P.D.-Leuten, 4 (4) G.A.-Mitgliedern und 1 (1) gehobenen Angestellten.

Einigung in Norwegen

Die norwegischen Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften haben vereinbart, alle geltenden Tarife bis zum Jahre 1935 zu verlängern. Die Arbeitgeber haben zugleich auf die bisherige automatische Tarifregulierung durch den Lebensmittelindeks verzichtet.

Dieser Tarifabschluß bedeutet einen vollen Erfolg der Gewerkschaften, der wahrscheinlich nicht ohne Rückwirkung auf den dänischen Konflikt bleiben wird. Zwischen den skandinavischen Gewerkschaften besteht ein Kartellverhältnis zur gegenseitigen Unterstützung bei großen Lohnkämpfen. Mit der Einigung in Norwegen erhöht sich also entsprechend auch die Stokkraft der dänischen Gewerkschaften.

Hierzu 2 Beilagen

Warnung in letzter Stunde

Die Reichsregierung muß ihr Wort einlösen

Vorstand und Verbandsbeirat des Zentralverbandes der Angestellten nahmen dieser Tage zur Frage der Reform der Arbeitslosenhilfe eine Entschliebung an, in der es heißt:

Im Rahmen von 200 000 kaufmännischen und Büroangestellten erheben sie scharfsten Protest gegen die anhaltende Verschlechterung der Arbeitslosenhilfe. Verbandsvorstand und Beirat warnen die Reichsregierung eindringlich vor den Folgen, die sich ergeben, wenn die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe nicht den sozialen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Die Arbeitslosenopfer der kapitalistischen Wirtschaftskrise haben ein Recht darauf, daß sie auf Grund der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe, die im Haushaltsjahr 1932 über 1300 Millionen Mark betragen, eine ausreichende und mit Rechtsansprüchen ausgestattete Unterstützung erhalten.

Zu diesem Zwecke ist es notwendig, die Versicherung mit ausreichenden Leistungen wieder herzustellen und die Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtsfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge zu vereinheitlichen. Der Träger beider Unterstützungsformen muß wegen des unauflösbaren Zusammenhangs mit der Arbeitslosenversicherung die Reichsanstalt sein. In der Reichsarbeitslosenfürsorge ist die willkürliche Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch einheitliche Anrechnungsvorschriften zu ersetzen, die eine ausreichende Unterstützung gewährleisten.

Verbandsvorstand und Beirat stellen fest, daß in diesem Haushaltsjahr rund 680 Millionen Mark Uebererschüsse aus den Beiträgen zur Versicherung und Arbeitslosenhilfe für die Finanzierung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge verwendet werden. Im kommenden Haushaltsjahr wird der Uebererschuß voraussichtlich 950 Millionen Mark betragen. Die Verwendung dieser Beitragsmittel zur Finanzierung der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge wirkt um so verbitternder als durch die Hilfsbedürftigkeitsprüfung der Unterstützungsanforderung weitgehend eingeschränkt ist. Die Angestellten werden am härtesten davon getroffen. Nach den amtlichen Feststellungen sind bei den arbeitslosen Angestellten über ein Drittel von der Unterstützung ausgeschlossen.

Verbandsvorstand und Beirat erwarten aus

allen diesen Gründen von der Reichsregierung, daß die Neuregelung der Arbeitslosenhilfe unseren Forderungen Rechnung trägt.

Kampf bei Spindler

Aussperrung angekündigt

In der bekannten Färberei und chemischen Waschanstalt von Spindler in Spindlersfeld ist ein erster Konflikt ausgebrochen. Die Firma will ihren Arbeitern und Arbeiterinnen einen Abbau der Akkorde von 10 bis 50 Proz. diktieren!

Bis zum Montag soll sich die Belegschaft entscheiden, ob sie das Diktat hinnehmen will. Für den Fall der Ablehnung ist der Gesamtbelegschaft zu Montag die Kündigung in Aussicht gestellt worden. Die Forderung ist so spät bekanntgegeben worden, daß sich der Arbeiterrat erst am Freitag damit beschäftigen konnte, die Belegschaft aber vor Montag noch gar nicht dazu Stellung nehmen kann, weil der Betrieb Sonnabend völlig still liegt und am Montag auch nur die Hälfte der Belegschaft tätig ist.

Die Arbeiterbelegschaft der Firma Spindler ist nicht gemillt, dieses Lohnabbau diktat hinzunehmen. Von der Berliner Ortsverwaltung des Textilarbeiterverbandes sind bereits alle Vorbereitungen getroffen, um dem Lohnabbauversuch mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu begegnen.

Der Konflikt hat seine tiefere Ursache in dem tariflosen Zustand, der seit dem 30. Oktober v. J. in den Berliner Färbereien und chemischen Waschanstalten besteht. Zu diesem Termin war von der Unternehmerorganisation der Lohn-tarif gekündigt und ein 15prozentiger Lohnabbau gefordert worden. Die Stundenlöhne betragen damals nur noch 74 Pf. für Gelehrte (Färber, Schneider), 61,5 Pf. für ungelernete Arbeiter über 20 Jahre, 50 Pf. für gelernete Arbeiterinnen (Färberinnen, Schneiderinnen, Kunststopferinnen) und 43,5 Pf. für ungelernete Arbeiterinnen über 20 Jahre. Der Textilarbeiterverband lehnte jede Herabsetzung dieser schon völlig unzureichenden

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäglich viermal. Sonntags und Montags einmal illustrierte Sonntagsbeilage „Kraft und Zeit“ (Seitengruppe); wöchentlich 75 Pf. monatlich 3,20 M. (davon 57 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,20 M. einschließlich 50 Pf. Postrechnung, und 72 Pf. Postbeleggebühren. Auslandsbestellungen 5,60 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,60 M. Bei Abstoß der Zeitung wegen höherer Gewalt behält kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. Anzeigenpreise: Die einseitige Zeilenbreite 10 Pf. Restamts 1,20 M. Kleine Anzeigen das fertige Wort 20 Pf. Jedes weitere Wort 10 Pf. Abkürzt laut Tarif. Woche über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt: Wilmersdorfer 25 Pf. Familienanzeigen: Wilmersdorfer 15 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindend. 3 wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor. Verantwortlich für Politik: Rudolf Bebenheim; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revolution: Herbert Weisner; Lokales und Sonstiges: Fritz Karkardt; Anzeigen: Otto Hensch; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68 Lindend. 3.

WERTHEIM

Vorführung von Monogramm-Stickerei auf „Mundlos“-Maschinen

Monogramme 25 Pf. 1 1/2 cm 50 Pf. 2 cm 75 Pf. 1 cm, Dutzend

Weisse Woche

Heute Sonnabend Vorverkauf!

Grösster Sonderverkauf des Jahres!

Dauer dieser Veranstaltung vom 30. Januar bis 11. Februar.

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

(Schluß.)

Ein gequältes Ruden ging über Lüderfens schwerfälliges, trübes Gesicht. Aber er antwortete noch immer nicht.

Da sagte Berger: „Denkst du, ich habe dein Geld da nötig? Nur eines war mir nötig, nämlich, daß du auch mal fühlen solltest, wie es tut. Du werst ich — so wie ich damals war. Und nun bist du vielleicht nicht mehr Held und ich nicht mehr elender Feigling.“

In seiner Stimme war kein Hohn. Nur Rücksicht und Resignation.

Lüderfen sah ihn erregt und verwirrt an. Dann ergoß sich Schamröte über sein Gesicht. Er wollte etwas sagen, aber er brachte keinen Ton heraus.

Da nahm Berger Kaffe und Geld und trug alles zurück auf den Schreibtisch.

„Da“, sagte er. „Da hast du alles wieder und den Revolver auch.“

Er legte den Revolver daneben. Aber noch ehe er losgelassen hatte, griff Lüderfens Hand mit einem blitzschnellen Griff danach. Und plötzlich stand er hochauferichtet da, das Gesicht von Haß verzerrt.

„Bei allen Teufeln, du verdienst, daß ich dich niederknalle!“

Berger lächelte, aber sagte nichts.

„Was hast du zu lachen? Morgen sitzt du im Loch, verdammter Schuft!“

Doch Berger stand ruhig da und sah ihn an.

„Beschleife dir den Fall erst mal“, sagte er.

„Vorläufig weiß nur ich darum. Und wenn ich kein Interesse daran habe, die bloßzustellen, hast du wohl erst recht keins?“

„Davon weißt du gar nichts!“

Berger nickte. „Doch“, sagte er. „Du wirst schon einsehen, daß du eine komische Figur gemacht hast.“

„Nicht komischer als du damals, und hast du dich rausgewickelt, werd ich's wohl auch können.“

„Sei nicht zu sicher, du, ich opiere alles, um dich zu vernichten. Infamer Bandit!“

Wieder lächelte Berger sein müdes Lächeln.

„Du bist doch noch etwas komischer als ich war“, sagte er. „Erstens kanntest du mich und wußtest, so blöd, wie ich mich anstellte, war ich nicht. Und zweitens ist das Ding da nicht mal geladen.“

Das verfehlte Lüderfen einen Stoß. Er glockte vor Hilflosigkeit, dann warf er einen halb scheuen, halb ungläubigen Blick auf die Pistole, die er noch immer halbwegs gehoben hielt.

Plötzlich sah er drohend auf. „Du lügst!“

sagte er. Und mit einer schnellen Bewegung hob er den Revolver zur Decke und drückte ab.

„Es gab nur ein schwaches Knacken. Da schleuderte er ihn weit von sich und setzte sich schwerfällig nieder.“

Es entstand eine Pause. Dann nahm Berger wieder das Wort.

„Jetzt weißt du also, wie es tut“, sagte er.

„Und weißt auch, daß das Leben doch etwas mehr bedeutet als ein paar Geldscheine. Wir stehen plötzlich ganz gleich — und keiner von uns beiden braucht sich besser zu dünken als der andre.“

Als er schwieg, sah Lüderfen schau auf.

„Das willst du ja gerade!“

Berger schüttelte den Kopf. „Rein“, sagte er. „Ich kam nicht, um dich zu demütigen. Ich kam, um mein gutes Recht zu bekommen. Dir gegenüber, der du mich von allen am tiefsten gedemütigt hast. — Um die andern kann's mir einerlei sein.“

Er wandte sich langsam, holte seinen Hut und ging. In der halbgeöffneten Tür wandte er sich noch einmal um.

„Gute Nacht“, sagte er ruhig. „Ich will dich nicht bitten, das, was heute geschah, zu vergessen. Ich will im Gegenteil, daß du es im Gedächtnis behältst. Aber ich will auch, daß du wissen sollst, daß ich keinen Groll mehr gegen dich hege. Der ist ausgeflutet, zusammen mit deinem Helldemut.“

Lüderfen sah ihn an, aber er antwortete nicht. Als die Tür sich hinter ihm geschlossen hatte, sah er noch immer da, ohne zu begreifen, ohne zu fassen. Sein Gehirn streifte dem Unglaublichen gegenüber. Er hatte einen Teil seines alten Ichs verloren und es hieß schwer, sich mit dem neuen, das an Stelle des alten getreten war, auszuöhnen.

Er war plötzlich ein ganz anderer, einer, den er nicht kannte, mit dem er nicht vertraut war. Einer, den er nicht mehr bewundern konnte, eher ein wenig fürchten, und dessen er sich vielleicht ein wenig schämte.

Dann stand er auf und ging zögernd zu dem Revolver.

Eine ganz schwache Hoffnung glomm in ihm auf.

Ohne recht zu wissen, was er tat, hob er ihn nochmals zur Decke und drückte ab.

Aber noch immer war da nur das schwache Knacken.

Da legte er die Schußwaffe neben die Kaffe, dann schloß er die Tür. Aber es war nicht auszuhalten, so allein in dem leeren Haus. In einer fast panischen Angst brachte er Kaffe und Marken ins Sicherheitsgewölbe.

Dann ging er in seine neue Pension in der Hoffnung, sich dort ein wenig geborgener zu fühlen.

4.

Während Berger auf seinen Zug wartete, machte er einen langen Gang. Auch er war

Bengt Berg entdeckt das Tier

Anmerkungen zu seinem neuesten Buch / Von Erna Büsing

Vor Jahren packte einmal eine heimkehrende Expedition viele bunte Vogelbälge aus, sowie Sechenswürdigkeiten mannigfacher Art. Für einen staunenden jungen Menschen kam dadurch die Ferne ganz, ganz nahe und es erwachte eine so große Sehnsucht nach fremden Ländern in ihm, daß sie bestimmend auf sein Leben einwirkte. Dieser junge Mann war Bengt Berg. Da er tatwillig und reich war, fand er seinen Weg. Er kam nach Berlin und präparierte hier nimmermüde Vögel. Damals dachte er einer wie alle die anderen zu werden, die hinausziehen in die weite Welt, Tiere schießen und das tote Material den Museen bringen.

Doch war inzwischen der Film erfunden worden und die ersten kleinen Tierfilme wurden gedreht. Keiner wußte besser als Bengt Berg von der Schönheit der Bewegung, die den Tieren und namentlich seinen besonderen Freunden, den Vögeln eigen ist. Es kam die Zeit, wo man die Industrie davon überzeugen wollte, daß man Tierfilme als Hauptprogramm ohne Spielhandlung herstellen könne. Aber die Filmindustrie hielt den Film für eine durch und durch verfluchte Angelegenheit und wollte ihn als billigsten Amüsierbetrieb erhalten.

Anders Bengt Berg. Er opierte bedenkenlos ein eigenes großes Vermögen, traute dem guten Geschmack der breiten Masse und drehte seine Vogelfilme. Das Publikum jubelte ihnen zu und die menschliche Spielhandlung verschwand aus dem Tierfilm von Bedeutung. Dann kamen Bengt Bergs Bücher heraus und die Jagd mit der Kamera erschlug die bisherige Jagd mit der Pistole. Selbst die alten Afrikaner von Anno dazumal, die früher von Jagdabenteuern nicht genug erzählen konnten und auf jeder Seite ihres Buches uns mit einem Duzend toter Tiere „beglückten“, nehmen jetzt den Photographen mit in den Busch.

Bengt Berg nahm die letzten Adler unter seinen persönlichen Schutz. Als ein Graf ein Adlerpaar abschließen wollte, ging er zu ihm und meinte: „Aber Herr Graf, wir einfachen Leute, wir graues Volk der Späßen, erlauben uns ja auch noch Grafen, die ich mit Goldfasanen vergleichen möchte“ und die Adler blieben am Leben. Man möchte sagen: „Das Tier, für das Bengt Berg eintritt, ist geschützt.“ In Schweden nehmen die Flieger gerne eine andere Richtung, um Bengt Bergs Vögel nicht zu beunruhigen, und selbst Mussolini wurde von den neuartigen Büchern derart gepackt, daß er Tierchutzgesetze erließ. Seit Jahren sind wir es nun schon gewöhnt, daß alljährlich ein Buch von Bengt Berg herauskommt, das etwas Grundlegendes bringt.

Diesmal war man besonders neugierig, wußte man doch, daß einer der Hagenbeds und Bengt Berg sich zufällig in Kalkutta in einem Hotel getroffen hatten. Beide hatten den Kopf voll von Rhinocerosen und beide dachten sie an Nepal. Der eine wußte, daß im verbotenen Land ein Rhinoceroskalb gefangen war, das er für zweitausend Pfund Sterling (damals war das Pfund noch nicht gefallen), bekommen konnte, die er weder hatte, noch im Augenblick aufzutreiben vermochte. Der andere aber wartete unerträglich lange auf die Einreiseerlaubnis, um in freier Wildbahn Rhinoceroser photographieren zu können. Hernach erfuhr man, daß Hagenbed das Baby nach Stellingen gebracht hatte. Er

ein neuer Mensch geworden. Aber nicht als Triumphator fühlte er sich. Er hatte keinen strahlenden Sieg errungen, er hatte sich nur eine späte Ehrenrettung geholt. Jetzt sehnte er sich nach Hause. Sehnte sich danach, zu erzählen. Nicht um der Sensation willen, nur um endlich einmal damit fertig zu werden und wieder leben zu können wie ein ganz gewöhnlicher Mensch — so wie vor dem Ereignis.

Erst am nächsten Vormittag kam er bei Helene und dem Jungen an, ein wenig müde und angegriffen von der Reise.

Helene sah ihn verwundert an.

„Was ist dir nur?“

„Er schüttelte nur still den Kopf.“

„Bist du krank gewesen?“

„Rein.“

„Du siehst so blaß aus und so elend. — Du hast wohl schlecht geschlafen?“

„Fast gar nicht.“

Da wurde sie sehr unruhig. „Ja, aber was ist denn nur?“

„Ich komme von Lüderfen.“

„Von Lüderfen?“

„Ja. — Nach Tisch, wenn wir allein sind, erzähle ich dir alles.“

Er ging hinaus zum Jungen, und sie konnte nicht aus ihm klug werden. Eine Ahnung von etwas Schlimmem nagte an ihr, die aber verslog, als sie gleich darauf hinauskam und die beiden sah. Sie hatten sich jeder einen Bogen gemacht und schossen nach einem alten Hut. Sie lachten und waren ausgelassen wie zwei Kinder.

Da mußte sie, daß der Besuch ihm gut getan hatte. Aber sie war nun ungeheuer gespannt, was er zu erzählen hatte.

Nach Tisch erfuhr sie alles, wie er versprochen hatte.

Er erzählte nüchtern und ruhig, ohne Übertreibung und die Angst schnürte ihr das Herz zusammen und machte sie ganz stumm. Allmählich wurde ihr leichter ums Herz, aber noch als er mit seiner Erzählung fertig war, lag ihr der Schreck in allen Gliedern.

„Wo nimmst du nur den Mut her!“ rief sie. „Und wie kamst du nur darauf?“

„Es kam eben so“, antwortete er. „Ich mußte.“

Er sah ihr ernst in die Augen. „Ich habe es sehr schwer gehabt.“

Da ging sie zu ihm hin und strich ihm liebevoll übers Haar. „Ach ja“, sagte sie, „du Armer. Gut, daß es vorüber ist. Aber ich begreife noch immer nicht, daß du den Mut hattest.“

„Ich auch nicht.“

Sie bog sein Gesicht zu sich hin und sah ihn lächelnd an. „Du mußt ja total verrückt gewesen sein?“

Er nickte, soweit ihre feste Umklammerung es zuließ.

„Ja“, antwortete er, „das war ich auch, fast neun Jahre lang.“ — Gleich darauf fügte er hinzu: „Erst jetzt, wo ich wieder zurechtgerückt bin, weiß ich es.“

wurde, und ein weißes afrikanisches Nashorn, das Dr. Artur Berger dem Museum überwies. In der wissenschaftlichen Sammlung ist ein indisches Nashorn vorhanden, das schon seit über hundert Jahren als Prunkstück des Museums gilt, obwohl es uns heute, da es sehr breitpatzig steht, nicht mehr natürlich genug verarbeitet ist. An sonstigem Material sind vorhanden: 10 Häute von schwarzen afrikanischen Nashörnern, über 50 Schädel von schwarzen afrikanischen Nashörnern und ebenso viele Hörner, darunter wahre Prachtstücke. Desgleichen sind von zweihörnigen indischen Nashörnern Kopfhäute vorhanden. Mit hin liegen auf dem Schädelboden in der Inoalidensirabe in Berlin mehr Eindhörner, als in ganz Bengalen von lebenden Exemplaren noch getragen werden.

Ein Magier des Worts

Georg von der Bring veröffentlichte den ersten und noch immer einen der besten deutschen Kriegerromane „Soldat Sühren“. Es folgte der oldenburgische Hafeneroman „Adrian Deehls“, der gefüllt war von Frieslands atmosphärischem Licht, darin alles unwirklich und zugleich so spielzeugklar wird wie die Bilder eines Traums. Der Roman der Kriegsgefangenschaft „Camp Lafayette“ legte die Linie des „Sühren“ fort, während der Tessiner Roman „Station Marotta“, von ironischen Lichtern gescheit und mit erlebten Pastellblauen hingezogen, zum südländischen Widerspiel des nordischen „Deehls“ wurde.

Von Buch zu Buch verfeinerte Bring, der Mann von der unteren Weser, die ihm eingeborene Kunst der Zwischenswerte, der schwebenden Stimmungen wie der irrationalen seelischen Prozesse. Alles geschieht bei ihm wie im Traum und ist dennoch abgeklärt, einprägsame Wirklichkeit. Singlang eines hochbürtigen melancholischen Agrikers, der Bring von Herkunft ist, und versponnenes Erzählen, des Abends, beim Grog, im Dämmer der Dellsampe, mit fernem Augen. Ein Magier des Worts! Einer der wenigen, die wir heute in Deutschland besitz! Ebenbürtig dem Amerikaner Thornton Wilder, dem unvergesslichen Engländer T. H. Lawrence. Wer diesen Zauber verspüren will, der lese Bring's zuletzt veröffentlichten Roman „Der Wettkampf mit der Rose“ (Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart, geschmackvoll in Leinen gebunden für 3,85 M.). Der Stoff des Buches ist an sich nicht neu, wurde teilweise geliefert von dem in Italien heute noch aktuellen „Fall Bruneri-Canella“, die Geschichte vom längst tot geglaubten Heimkehrer, vom „Mann, der sein Gedächtnis verlor“. Aber wie ist das erzählt! Man glaubt, zum erstenmal von allen diesen Dingen zu lesen, zum erstenmal wirklich und richtig zu erfahren, was in solch einem Manne eigentlich vorgeht, dem da plötzlich Erinnerungsbilder an ein früheres vergessenes Dasein aufdämmern, und der sich nun Schritt für Schritt, vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee, und unter ungeahnten inneren Erregungen zurücktafelt zur Rose des rotfarbenen Kinder-Kleidchens, zurück zur ersten Frau und ihrem Knaben in der alten Heimat. Banal! nennt sich der Mann, der da mit dem Johann Klever, der er einstmalig war, atemlos um die Wette läuft. Und vom Schwarzen Meer bis zur Nordsee schleppt er einen Kelim mit sich, einen alten Teppich, dessen Farben mit der Zeit immer trästiger hervorleuchten. Ähnlich wird es dem Leser auch mit diesem Buche ergehen.

Günther Birkenfeld.

